

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuern samt Protokoll (Bosnien-Herzegowina), Fassung vom 22.02.2024

Langtitel

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
StF: BGBl. III Nr. 168/2011 (NR: GP XXIV RV 1064 AB 1118 S. 100. BR: AB 8481 S. 795.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Ratifikationstext

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 26. Oktober 2011 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am 1. Jänner 2012 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,
haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- (i) die Einkommensteuer;
- (ii) die Körperschaftsteuer;
- (iii) die Grundsteuer;
- (iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;

- (v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken, (im Folgenden als „österreichische Steuern“ bezeichnet);
 - b) in Bosnien und Herzegowina:
 - (i) die Steuer vom Einkommen natürlicher Personen;
 - (ii) die Steuer von Unternehmensgewinnen;
 - (iii) die Steuer vom Vermögen, (im Folgenden als „Steuern von Bosnien und Herzegowina“ bezeichnet).
- (4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang, die Republik Österreich oder Bosnien und Herzegowina;
 - b) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
 - c) bedeutet der Ausdruck "Bosnien und Herzegowina" den Staat Bosnien und Herzegowina;
 - d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bezieht sich der Ausdruck "Unternehmen" auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
 - g) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - h) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - i) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - (ii) in Bosnien und Herzegowina: das Ministerium für Finanzen und Steuern von Bosnien und Herzegowina oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - j) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
 - k) schließt der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine

Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
 - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
 - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
 - d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich

auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

INTERNATIONALER VERKEHR

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und die Zinszahlung

- a) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit steht;
- b) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit steht, oder
- c) für ein Darlehen jeder Art geleistet wird, welches von der Nationalbank oder Zentralbank gewährt, besichert oder garantiert wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem

Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme oder Filme oder Bänder für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in

diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - (i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - (ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die an den österreichischen Handelsdelegierten in Bosnien und Herzegowina und an das Personal dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden. Diese Bestimmung gilt auch für das Personal einer von Bosnien und Herzegowina in Österreich errichteten Organisation ähnlicher Art.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

(3) In Bezug auf Studienbeihilfen und Stipendien, die nicht unter Absatz 1 dieses Artikels fallen, hat ein in Absatz 1 genannter Student, Praktikant oder Lehrling während des Studiums oder der Ausbildung darüber hinaus Anspruch auf die gleichen Steuerbefreiungen, -vergünstigungen oder -ermäßigungen, die für Personen gelten, die in dem Staat ansässig sind, in dem er sich aufhält.

Artikel 20

HOCHSCHULLEHRER UND ANDERE LEHRER

(1) Eine Person, die sich im anderen Vertragsstaat aufhält, um an einer Universität, einem College, einer Schule oder einer anderen anerkannten Bildungseinrichtung dieses Staates zu unterrichten oder zu forschen und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor ihrer Einreise ansässig war, ist im erstgenannten Staat von der Besteuerung in Bezug auf Vergütungen für diese Tätigkeit für einen Zeitraum ausgenommen, der zwei Jahre ab dem Zeitpunkt ihrer ersten Einreise nicht übersteigt, vorausgesetzt, dass die Vergütungen von Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Absatz 1 dieses Artikels gilt nicht für Einkünfte aus Forschung, wenn diese Forschung nicht im öffentlichen Interesse, sondern hauptsächlich zum persönlichen Vorteil einer bestimmten Person oder bestimmter Personen erfolgt.

Artikel 21

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

Artikel 22

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Bosnien und Herzegowina besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und des Absatzes 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Bosnien und Herzegowina besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Bosnien und Herzegowina gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Bosnien und Herzegowina bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Bosnien und Herzegowina dieses Abkommen so anwendet, dass Bosnien und Herzegowina diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder die Absätze 2 der Artikel 10, 11 und 12 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) In Bosnien und Herzegowina:

Bezieht eine in Bosnien und Herzegowina ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Bosnien und Herzegowina

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht;
- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des Steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Können Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, von den zuständigen Behörden nicht im Verständigungsverfahren nach den vorherstehenden Absätzen dieses Artikels innerhalb einer Frist von zwei Jahren ab der Verfahrenseinleitung beseitigt werden, ist der Fall über Antrag aller betroffenen Steuerpflichtigen von der zuständigen Behörde jenes Vertragsstaates, der das Verständigungsverfahren eingeleitet hat, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dem Schiedsgericht gehört pro Vertragsstaat je ein Vertreter der zuständigen Behörde und je eine unabhängige Person an, die aus einer Liste von Schiedsrichtern in der Rangfolge ihrer Reihung bestellt wird. Die Schiedsrichter wählen eine weitere Person als Vorsitzenden, der die Voraussetzungen für die Ausübung höchstrichterlicher Aufgaben in seinem Land erfüllen oder Jurist von allgemein bekannter Kompetenz sein muss. Jeder Staat ernennt fünf kompetente Personen für die Liste der Schiedsrichter. Der Steuerpflichtige wird auf sein Verlangen vor dem Schiedsgericht angehört. Das Schiedsgericht gibt seine Entscheidung binnen sechs Monaten ab, nachdem es befasst worden ist. Die Entscheidung ist hinsichtlich des Einzelfalles für beide Vertragsstaaten und alle betroffenen Steuerpflichtigen bindend.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

- (3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
 - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
 - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

Artikel 27

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

(3) Seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29 KÜNDIGUNG

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft.

(2) Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf des ersten Jahres nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(3) In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Sarajewo, am 16. Dezember 2010, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, bosnischer/kroatischer/serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECDKommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor In-Kraft-Treten des Abkommens übermittelt worden ist;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar - der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann - stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

2. Zu Artikel 11

Es gilt als vereinbart, dass Artikel 11 Absatz 3 auch auf Darlehen anzuwenden ist, die von der Österreichischen Kontrollbank AG oder der Investment Garantie Agentur von Bosnien und Herzegowina gewährt, besichert oder garantiert werden.

3. Zu Artikel 26

(1) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(2) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen („fishing expeditions“).

(3) Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

(4) Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD, einschließlich der vom OECD-Sekretariat erstellten technischen Note zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, die diesem Protokoll als Anhang beigefügt ist, abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Sarajewo, am 16. Dezember 2010, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, bosnischer/kroatischer/serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Anhang

Technische Note betreffend Artikel 26 Absatz 5 des OECD-Musterabkommens

Artikel 26 Absatz 5 des OECD-Musterabkommens sieht vor, dass das Bankgeheimnis kein Hindernis für den Informationsaustausch für steuerliche Zwecke darstellen darf. Artikel 26 sieht auch wichtige Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Vertraulichkeit von Der Standard verpflichtet lediglich zum Informationsaustausch auf Ersuchen. Wenn um Informationen ersucht wird, sind sie nur in dem Umfang auszutauschen, als sie zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Vertragspartner voraussichtlich erheblich sind. Staaten sind nicht berechtigt, sich an Streifzügen („fishing expeditions“) zu beteiligen oder Informationen zu verlangen, die voraussichtlich für die steuerlichen Verhältnisse eines bestimmten Abgabepflichtigen nicht von Bedeutung sind. Bei der Formulierung eines Ersuchens sind die zuständigen Behörden gehalten, die voraussichtliche Erheblichkeit der Informationen darzulegen. Es wäre beispielsweise nicht zulässig, dass ein Staat wahllos um Informationen über Bankkonten seiner Ansässigen bei Kreditinstituten im anderen Staat ersucht. Ebenso wäre es einer Steuerverwaltung selbst im Rahmen einer Prüfung des Abgabepflichtigen verwehrt, um Informationen über einen bestimmten Abgabepflichtigen zu ersuchen, wenn keine Gebarung oder das Anzeichen einer möglichen Gebarung festgestellt wurde, die auf eine Verbindung mit dem anderen Staat schließen lassen. Andererseits kann beispielsweise die zuständige Behörde Informationen über einen bestimmten Abgabepflichtigen verlangen, wenn sich im Zuge der Festsetzung der Steuerschuld eines bestimmten Abgabepflichtigen der Verdacht ergibt, dass der Abgabepflichtige ein Bankkonto im anderen Staat unterhält. Ebenso könnte dies der Fall sein, wenn eine Anzahl von Abgabepflichtigen identifiziert wurde, die beispielsweise ausländische Kreditkarten von Banken im anderen Staat besitzen. Der ersuchende Staat hätte jedoch zuvor alle innerstaatlichen Mittel, die ihm den Zugang zur erbetenen Information ermöglichen, auszuschöpfen. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird auf die Kommentare zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens und auf Artikel 5 des Musterabkommens über den Informationsaustausch hingewiesen.

Werden Informationen ausgetauscht, so unterliegen diese strengen Geheimhaltungsvorschriften. Artikel 26 sieht ausdrücklich vor, dass die ausgetauschten Informationen geheim zu halten sind. Sie dürfen nur für die im Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden. Im Fall der Verletzung dieser Geheimhaltungsvorschriften sehen das Verwaltungs- und Strafrecht aller Staaten hierfür Sanktionen vor. Üblicher Weise wird eine unbefugte Offenbarung von steuerlich erheblichen Informationen, die von einem anderen Staat erhalten wurden, als mit Freiheitsstrafe bedrohtes strafrechtliches Vergehen gewertet.

Wie aus diesen Erläuterungen, die sowohl dem Kommentar zum OECD-Musterabkommen als auch dem OECD – Handbuch über den Informationsaustausch entnommen werden können, ersichtlich ist, erscheint das Bankgeheimnis mit einem wirkungsvollen Informationsaustausch nicht unvereinbar. Alle Länder kennen Regelungen über das Bankgeheimnis oder über die abgabenrechtliche Geheimhaltung. Die Erfüllung des international vereinbarten Standards des Informationsaustausches gebietet lediglich beschränkte Ausnahmen von den Bankgeheimnisregelungen und dürfte daher das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Schutz ihrer Privatsphäre nicht untergraben.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2011

Ausgegeben am 17. November 2011

Teil III

168. Abkommen zwischen der Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll

(NR: GP XXIV RV 1064 AB 1118 S. 100. BR: AB 8481 S. 795.)

168.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll

[Abkommen in deutscher Sprache siehe Anlagen]

[Abkommen in bosnischer Sprache siehe Anlagen]

[Abkommen in kroatischer Sprache siehe Anlagen]

[Abkommen in serbischer Sprache siehe Anlagen]

[Abkommen in englischer Sprache siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 26. Oktober 2011 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am 1. Jänner 2012 in Kraft.

Faymann

**ABKOMMEN
ZWISCHEN
DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND
BOSNIEN UND HERZEGOWINA
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG
AUF DEM GEBIETE
DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Die Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- (i) die Einkommensteuer;
- (ii) die Körperschaftsteuer;
- (iii) die Grundsteuer;
- (iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- (v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken,
(im Folgenden als „österreichische Steuern“ bezeichnet);

b) in Bosnien und Herzegowina:

- (i) die Steuer vom Einkommen natürlicher Personen;
- (ii) die Steuer von Unternehmensgewinnen;
- (iii) die Steuer vom Vermögen,
(im Folgenden als „Steuern von Bosnien und Herzegowina“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang, die Republik Österreich oder Bosnien und Herzegowina;
 - b) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
 - c) bedeutet der Ausdruck "Bosnien und Herzegowina" den Staat Bosnien und Herzegowina;
 - d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bezieht sich der Ausdruck "Unternehmen" auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
 - g) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - h) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - i) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - (ii) in Bosnien und Herzegowina: das Ministerium für Finanzen und Steuern von Bosnien und Herzegowina oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - j) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
 - k) schließt der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und

- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

INTERNATIONALER VERKEHR

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser

Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und die Zinszahlung

- a) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit steht;
- b) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen auf Kredit steht, oder
- c) für ein Darlehen jeder Art geleistet wird, welches von der Nationalbank oder Zentralbank gewährt, besichert oder garantiert wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme oder Filme oder Bänder für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt

dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 17

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 18

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

(i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

(ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die an den österreichischen Handelsdelegierten in Bosnien und Herzegowina und an das Personal dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden. Diese Bestimmung gilt auch für das Personal einer von Bosnien und Herzegowina in Österreich errichteten Organisation ähnlicher Art.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

Artikel 19

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

(3) In Bezug auf Studienbeihilfen und Stipendien, die nicht unter Absatz 1 dieses Artikels fallen, hat ein in Absatz 1 genannter Student, Praktikant oder Lehrling während des Studiums oder der Ausbildung darüber hinaus Anspruch auf die gleichen Steuerbefreiungen, -vergünstigungen oder -ermäßigungen, die für Personen gelten, die in dem Staat ansässig sind, in dem er sich aufhält.

Artikel 20

HOCHSCHULLEHRER UND ANDERE LEHRER

(1) Eine Person, die sich im anderen Vertragsstaat aufhält, um an einer Universität, einem College, einer Schule oder einer anderen anerkannten Bildungseinrichtung dieses Staates zu unterrichten oder zu forschen und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor ihrer Einreise ansässig war, ist im erstgenannten Staat von der Besteuerung in Bezug auf Vergütungen für diese Tätigkeit für einen Zeitraum ausgenommen, der zwei Jahre ab dem Zeitpunkt ihrer ersten Einreise nicht übersteigt, vorausgesetzt, dass die Vergütungen von Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Absatz 1 dieses Artikels gilt nicht für Einkünfte aus Forschung, wenn diese Forschung nicht im öffentlichen Interesse, sondern hauptsächlich zum persönlichen Vorteil einer bestimmten Person oder bestimmter Personen erfolgt.

Artikel 21

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

Artikel 22

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Bosnien und Herzegowina besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und des Absatzes 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Bosnien und Herzegowina besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Bosnien und Herzegowina gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Bosnien und Herzegowina bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Bosnien und Herzegowina dieses Abkommen so anwendet, dass Bosnien und Herzegowina diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder die Absätze 2 der Artikel 10, 11 und 12 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) In Bosnien und Herzegowina:

Bezieht eine in Bosnien und Herzegowina ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Bosnien und Herzegowina

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht;
- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Können Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, von den zuständigen Behörden nicht im Verständigungsverfahren nach den vorherstehenden Absätzen dieses Artikels innerhalb einer Frist von zwei Jahren ab der Verfahrenseinleitung beseitigt werden, ist der Fall über Antrag aller betroffenen Steuerpflichtigen von der zuständigen Behörde jenes Vertragsstaates, der das Verständigungsverfahren eingeleitet hat, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dem Schiedsgericht gehört pro Vertragsstaat je ein Vertreter der zuständigen Behörde und je eine unabhängige Person an, die aus einer Liste von Schiedsrichtern in der Rangfolge ihrer Reihung bestellt wird. Die Schiedsrichter wählen eine weitere Person als Vorsitzenden, der die Voraussetzungen für die Ausübung höchstrichterlicher Aufgaben in seinem Land erfüllen oder Jurist von allgemein bekannter Kompetenz sein muss. Jeder Staat ernennt fünf kompetente Personen für die Liste der Schiedsrichter. Der Steuerpflichtige wird auf sein Verlangen vor dem Schiedsgericht angehört. Das Schiedsgericht gibt seine Entscheidung binnen sechs Monaten ab, nachdem es befasst worden ist. Die Entscheidung ist hinsichtlich des Einzelfalles für beide Vertragsstaaten und alle betroffenen Steuerpflichtigen bindend.

Artikel 26**INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

Artikel 27**MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER
VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28**IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

(3) Seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft.

(2) Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf des ersten Jahres nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(3) In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Sarajewo, am 16. Dezember 2010, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, bosnischer/kroatischer/serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Köck m.p.

Für Bosnien und Herzegowina:

Vrankic m.p.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Republik Österreich und Bosnien und Herzegowina abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor In-Kraft-Treten des Abkommens übermittelt worden ist;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar - der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann - stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

2. Zu Artikel 11

Es gilt als vereinbart, dass Artikel 11 Absatz 3 auch auf Darlehen anzuwenden ist, die von der Österreichischen Kontrollbank AG oder der Investment Garantie Agentur von Bosnien und Herzegowina gewährt, besichert oder garantiert werden.

3. Zu Artikel 26

(1) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;

- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(2) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen ("fishing expeditions").

(3) Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen im Sinne dieses Absatzes auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

(4) Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD, einschließlich der vom OECD-Sekretariat erstellten technischen Note zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, die diesem Protokoll als Anhang beigefügt ist, abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Sarajewo, am 16. Dezember 2010, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, bosnischer/kroatischer/serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Köck m.p

Für Bosnien und Herzegowina:

Vrankic m.p.

Anhang

Technische Note betreffend Artikel 26 Absatz 5 des OECD-Musterabkommens

Artikel 26 Absatz 5 des OECD-Musterabkommens sieht vor, dass das Bankgeheimnis kein Hindernis für den Informationsaustausch für steuerliche Zwecke darstellen darf. Artikel 26 sieht auch wichtige Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Vertraulichkeit von Informationen vor. Der Standard verpflichtet lediglich zum Informationsaustausch auf Ersuchen. Wenn um Informationen ersucht wird, sind sie nur in dem Umfang auszutauschen, als sie zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Vertragspartner voraussichtlich erheblich sind. Staaten sind nicht berechtigt, sich an Streifzügen („fishing expeditions“) zu beteiligen oder Informationen zu verlangen, die voraussichtlich für die steuerlichen Verhältnisse eines bestimmten Abgabepflichtigen nicht von Bedeutung sind. Bei der Formulierung eines Ersuchens sind die zuständigen Behörden gehalten, die voraussichtliche Erheblichkeit der Informationen darzulegen. Es wäre beispielsweise nicht zulässig, dass ein Staat wahllos um Informationen über Bankkonten seiner Ansässigen bei Kreditinstituten im anderen Staat ersucht. Ebenso wäre es einer Steuerverwaltung selbst im Rahmen einer Prüfung des Abgabepflichtigen verwehrt, um Informationen über einen bestimmten Abgabepflichtigen zu ersuchen, wenn keine Gebarung oder das Anzeichen einer möglichen Gebarung festgestellt wurde, die auf eine Verbindung mit dem anderen Staat schließen lassen. Andererseits kann beispielsweise die zuständige Behörde Informationen über einen bestimmten Abgabepflichtigen verlangen, wenn sich im Zuge der Festsetzung der Steuerschuld eines bestimmten Abgabepflichtigen der Verdacht ergibt, dass der Abgabepflichtige ein Bankkonto im anderen Staat unterhält. Ebenso könnte dies der Fall sein, wenn eine Anzahl von Abgabepflichtigen identifiziert wurde, die beispielsweise ausländische Kreditkarten von Banken im anderen Staat besitzen. Der ersuchende Staat hätte jedoch zuvor alle innerstaatlichen Mittel, die ihm den Zugang zur erbetenen Information ermöglichen, auszuschöpfen. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird auf die Kommentare zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens und auf Artikel 5 des Musterabkommens über den Informationsaustausch hingewiesen.

Werden Informationen ausgetauscht, so unterliegen diese strengen Geheimhaltungsvorschriften. Artikel 26 sieht ausdrücklich vor, dass die ausgetauschten Informationen geheim zu halten sind. Sie dürfen nur für die im Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden. Im Fall der Verletzung dieser Geheimhaltungsvorschriften sehen das Verwaltungs- und Strafrecht aller Staaten hierfür Sanktionen vor. Üblicher Weise wird eine unbefugte Offenbarung von steuerlich erheblichen Informationen, die von einem anderen Staat erhalten wurden, als mit Freiheitsstrafe bedrohtes strafrechtliches Vergehen gewertet.

Wie aus diesen Erläuterungen, die sowohl dem Kommentar zum OECD-Musterabkommen als auch dem OECD – Handbuch über den Informationsaustausch entnommen werden können, ersichtlich ist, erscheint das Bankgeheimnis mit einem wirkungsvollen Informationsaustausch nicht unvereinbar. Alle Länder kennen Regelungen über das Bankgeheimnis oder über die abgabenrechtliche Geheimhaltung. Die Erfüllung des international vereinbarten Standards des Informationsaustausches gebietet lediglich beschränkte Ausnahmen von den Bankgeheimnisregelungen und dürfte daher das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Schutz ihrer Privatsphäre nicht untergraben.

KONVENCIJA
IZMEĐU
REPUBLIKE AUSTRIJE
I
BOSNE I HERCEGOVINE
O IZBJEGAVANJU DVOSTRUKOG OPOREZIVANJA
U POGLEDU
POREZA NA DOHODAK I IMOVINU

Republika Austrija i Bosna i Hercegovina, želeći da zaključe Konvenciju o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja u pogledu poreza na dohodak i imovinu,

dogovorile su se sljedeće:

Član 1

OBUHVAĆENA LICA

Ova Konvencija će se primjenjivati na lica koja su rezidenti jedne ili obje ugovorne države.

Član 2

OBUHVAĆENI POREZI

(1) Ova Konvencija će se primjenjivati na poreze na dohodak i imovinu koji su uvedeni u ime ugovorne države ili njenih lokalnih vlasti, bez obzira na način na koji su uvedeni.

(2) Smatrat će se porezima na dohodak i imovinu svi oni porezi koji su uvedeni na ukupne prihode, ukupnu imovinu ili elemente prihoda ili imovine, uključujući porez na dobit od oduzimanja pokretne ili nepokretne imovine, porez na ukupan iznos plata i naknada koje snose preduzeća, kao i porez na povećanje kapitala.

(3) Postojeći porezi na koje se primjenjuje ova Konvencija će se posebno primjenjivati na:

a) u Austriji:

- (i) porez na dohodak;
 - (ii) porez na dobit;
 - (iii) porez na zemlju;
 - (iv) porez na poljoprivredna i šumarska preduzeća;
 - (v) porez na vrijednost slobodnih parcela;
- (u daljem tekstu "austrijski porezi");

b) u Bosni i Hercegovini:

- (i) Porez na dohodak građana;
 - (ii) porez na dobit preduzeća;
 - (iii) porez na imovinu;
- (u daljem tekstu "porezi Bosne i Hercegovine").

(4) Konvencija će se također primjenjivati na sve identične ili u većoj mjeri slične poreze koji su uvedeni nakon dana potpisivanja Konvencije pored, ili umjesto, postojećih poreza. Nadležne vlasti ugovornih država će obavijestiti jedna drugu o svim značajnijim promjenama u njihovim poreskim zakonima.

Član 3

OPĆE DEFINICIJE

(1) U svrhu Konvencije, izuzev ako kontekst zahtijeva drugačije:

- a) pojam "ugovorna država" i "druga ugovorna država" znači Republika Austrija i Bosna i Hercegovina, u smislu konteksta;
- b) pojam "Austrija" znači Republika Austrija
- c) pojam „Bosna i Hercegovina " znači država Bosna i Hercegovina;
- d) pojam "lice" obuhvata pojedinca, društvo i sva druga tijela lica;
- e) pojam "društvo" znači sva kolektivna tijela ili svi entiteti koji se tretiraju kao kolektivno tijelo u poreske svrhe;
- f) pojam "preduzeće" se primjenjuje na vršenje bilo koje djelatnosti;
- g) pojam "preduzeće ugovorne države" i "preduzeće druge ugovorne države" znače preduzeće koje vodi rezident ugovorne države, odnosno preduzeće koje vodi rezident druge ugovorne države;
- h) pojam "međunarodni saobraćaj" znači svaki prevoz brodom ili avionom koje vrši preduzeće čije je sjedište uprave u ugovornoj državi, osim kada brod ili avion radi samo između lokacija u drugoj ugovornoj državi;
- i) pojam "nadležne vlasti" znači:
 - (i) u Austriji: Federalni ministar finansija ili njegov ovlašteni predstavnik;
 - (ii) u Bosni i Hercegovini: Ministarstvo finansija i trezora Bosne i Hercegovine ili njegov ovlašteni predstavnik;
- j) pojam "državljanin" znači:
 - (i) svaki pojedinac koji ima državljanstvo ugovorne države;
 - (ii) svako pravno lice, partnerstvo ili udruženje koje ima takav status zahvaljujući zakonima na snazi u ugovornoj državi;
- k) pojam "poslovanje" obuhvata rad profesionalnih službi i druge aktivnosti nezavisnog karaktera.

- (2) Kada je u pitanju primjena Konvencije u bilo koje vrijeme od strane ugovorne države, svi pojmovi koji nisu definirani, osim ako kontekst zahtijeva drugačije, ima značenje koje ima u to vrijeme prema zakonu te države na koju se Konvencija primjenjuje; svako značenje prema primjenljivim poreskim zakonima te države prevladuje nad značenjima pojma iz drugih zakona te države.

Član 4

PREDSTAVNIK

(1) U svrhu ove Konvencije, pojam "predstavnik ugovorne države" znači svako lice koje prema zakonima države podliježe tamošnjem porezu iz razloga svog mjesta boravka, prebivališta, sjedišta i svih drugih kriterija slične prirode, te također uključuje tu državu i sve njene lokalne vlasti. Međutim, ovaj pojam ne uključuje lica koja podliježu porezu u toj državi samo u pogledu prihoda iz izvora koji su u toj državi ili imovine koja se u njoj nalazi.

(2) Kada je lice, prema odredbama stava 1, predstavnik obje ugovorne države, tada će se njegov status determinisati na sljedeći način:

- a) smatrat će se predstavnikom samo one države u kojoj ima stalan dom koji mu je dostupan; ako ima stalan dom koji mu je dostupan u obje države, smatrat će se predstavnikom samo one države sa kojom ima bliže lične i ekonomske odnose (centar vitalnog interesa);
- b) ako se država u kojoj ima centar vitalnog interesa ne može ustanoviti, ili ako nema stalan dom koji mu je dostupan niti u jednoj od država, smatrat će se predstavnikom samo one države u kojoj ima prebivalište;
- c) ako ima prebivalište u obje zemlje ili niti u jednoj od njih, smatrat će se predstavnikom samo one zemlje u kojoj je državljanin;
- d) ako je državljanin obje države ili niti jedne od njih, nadležne vlasti ugovornih država će nastojati da riješe to pitanje zajedničkim dogovorom.

(3) Kada lice, na osnovu odredaba stava 1, nije pojedinac, a predstavnik je obje ugovorne države, smatrat će se predstavnikom samo one države u kojoj ima sjedište uprave.

Član 5

STALNA USTANOVA

(1) U svrhu ove Konvencije, pojam "stalna ustanova" znači stalno mjesto poslovanja u kojem se poslovanje preduzeća u potpunosti ili djelomično obavlja.

(2) Pojam "stalna ustanova" naročito uključuje:

- a) sjedište uprave;
- b) podružnicu;
- c) kancelariju;
- d) fabriku;
- e) radionicu,i
- f) rudnik, izvor nafte ili plina, kamenolom ili sva ona mjesta eksploatacije prirodnih resursa.

(3) Gradilište ili projekt izgradnje ili instalacije čine stalnu ustanovu samo ako traju više od dvanaest mjeseci.

(4) Bez obzira na prethodne odredbe ovog Člana, pojam "stalna ustanova" neće se smatrati da uključuje:

- a) upotrebu objekata samo u svrhu skladištenja, izlaganja ili dostave dobara ili robe koja pripada preduzeću;
- b) održavanje zaliha robe ili dobara koje pripadaju preduzeću samo u svrhu skladištenja, izlaganja ili dostave;
- c) održavanje zaliha robe ili dobara koje pripadaju preduzeću samo u svrhu prerade od strane drugog preduzeća;
- d) održavanje stalnog sjedišta samo u svrhu kupovine robe ili dobara ili prikupljanja informacija za preduzeće;
- e) održavanje stalnog sjedišta poslovanja u svrhu sprovođenja svake druge aktivnosti pripremnog ili pomoćnog karaktera za preduzeće;
- f) održavanje stalnog sjedišta poslovanja isključivo za sve kombinacije aktivnosti koje su spomenute u tačkama a) do e), ako ukupna djelatnost stalnog sjedišta poslovanja koja proističe iz ove kombinacije je pripremnog ili pomoćnog karaktera.

(5) Bez obzira na odredbe stava 1. i 2., prema kojima lice - koje nije agent nezavisnog statusa, na koje se primjenjuje stav 6. – djeluje u ime preduzeća i ima, te redovno vrši u ugovornoj državi, nadležnost za zaključenje ugovora u ime preduzeća, to preduzeće će se smatrati da ima stalnu ustanovu u toj zemlji u pogledu svih aktivnosti koje to lice preduzima za preduzeće, osim ako su aktivnosti takvog lica ograničene na one iz stava 4., koje, ako se vrše putem stalnog sjedišta poslovanja, to neće činiti ovo stalno sjedište poslovanja stalnom ustanovom prema odredbama tog stava.

(6) Preduzeće se neće smatrati stalnom ustanovom u ugovornoj državi kad vrši poslovanje u toj državi putem posrednika, općeg trgovačkog zastupnika i svakog drugog

agenta nezavisnog statusa, ako takva lica djeluju u skladu sa redovnim tokom svog poslovanja.

(7) Činjenica da preduzeće koje je predstavnik ugovorne države kontrolira ili je kontrolirano od strane preduzeća koje je predstavnik druge ugovorne države, ili koje vrši svoje poslovanje u toj ili drugoj državi (bilo putem stalne ustanove ili drukčije), samo po sebi neće činiti niti preduzeće niti stalnu ustanovu druge.

Član 6

PRIHOD OD NEPOKRETNOSTI

(1) Prihod koji pripada predstavniku ugovorne države od nepokretne imovine (uključujući prihod od poljoprivrede ili šumarstva) koja se nalazi u drugoj ugovornoj državi, može biti oporezovana u toj državi.

(2) Pojam "nepokretna imovina" će imati značenje koje ima u skladu sa zakonom ugovorne države u kojoj se nalazi navedena imovina. Pojam će u svakom slučaju uključivati pomoćne objekte nepokretne imovine, stočni fond i opremu koja se koristi u poljoprivredi i šumarstvu, prava na koja se primjenjuju odredbe općeg zakona u vezi sa zemljišnim posjedima, pravo na uživanje nepokretne svojine i pravo na varijabilnu ili stalnu isplatu kao naknadu za rad, ili pravo na rad, sa rudnim naslagama, izvorima i drugim prirodnim resursima; brodovima i avionima, neće se smatrati nepokretnostima.

(3) Odredbe stava 1. će se primjenjivati na prihod od direktnog korištenja, najma, ili upotrebe nekretnina u bilo kojem obliku.

(4) Odredbe stava 1. i 3. će se također primjenjivati na prihod od nepokretnosti preduzeća.

Član 7

POSLOVNI PROFIT

(1) Profit preduzeća ugovorne države će se oporezivati samo u toj zemlji osim ako preduzeće vrši svoju djelatnost u drugoj ugovornoj državi putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi. Ako preduzeće vrši svoju djelatnost kao što je maloprije spomenuto, profit preduzeća se može oporezivati u drugoj državi, ali samo onoliko koliko se može pripisati toj stalnoj ustanovi.

(2) Prema odredbama stava 3., prema kojima preduzeće ugovorne države vrši djelatnost u drugoj ugovornoj državi putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, u svakoj ugovornoj državi će se profit pripisati onoj stalnoj ustanovi koje ga može i da ostvari, ako postoji jasno odvojeno preduzeće angažovano na istim ili sličnim aktivnostima pod istim ili sličnim uvjetima i koje radi u potpunosti nezavisno sa preduzećem čije je ono stalna ustanova.

(3) U određivanju profita stalne ustanove, dozvoljavat će se odbici troškova koji nastanu u svrhu stalne ustanove, uključujući izvršne i opće administrativne troškove koji nastanu, bilo u zemlji u kojoj je smještena stalna ustanova ili drugdje.

(4) Onoliko koliko je uobičajeno u ugovornoj državi da se ustanovi koliki profit pripada stalnoj ustanovi na bazi raspodjele ukupnog profita preduzeća različitim stranama, ništa iz stava 2. neće sprečavati da ugovorna država ustanovi koji će se profit oporezovati takvom uobičajenom raspodjelom; metoda usvojene raspodjele će, međutim, biti takva da je rezultat u skladu sa načelima iz ovog Člana.

(5) Nikakav profit se neće pripisati stalnoj ustanovi po osnovu same kupovine dobara ili robe za preduzeće, od strane te ustanove.

(6) U svrhu prethodnog stava, profit koji će se pripisati stalnoj ustanovi će se ustanoviti istom metodom za svaku godinu ponaosob, izuzev ako postoji valjan i dovoljan razlog za suprotno.

(7) Kada profit uključuje vrste prihoda koje se odvojeno reguliraju drugim Članovima ove Konvencije, tada odredbe tih Članova neće biti obuhvaćene odredbama ovog Člana.

Član 8

MEĐUNARODNI TRANSPORT

(1) Profit koji proizilazi iz brodskog ili zračnog saobraćaja oporezivati će se samo u ugovornoj državi u kojoj je smješteno sjedište uprave preduzeća.

(2) Profit koji proizilazi iz brodskog saobraćaja na unutrašnjim vodenim saobraćajnicama, oporezivati će se samo u ugovornoj državi u kojoj je smješteno sjedište uprave preduzeća.

(3) Ako je sjedište uprave špediterskog preduzeća ili preduzeća za prevoz na unutrašnjim vodenim saobraćajnicama na samom brodu ili čamcu, tada će se smatrati da se nalazi u ugovornoj državi u kojoj se nalazi boravišna luka broda ili u kojoj je brod smješten, ili, ako ne postoji boravišna luka, u ugovornoj državi u kojoj je rukovodilac broda ili čamca predstavnik.

(4) Odredbe stava 1. će se također primjenjivati na profit koji nastaje od učešća u integrisanom, udruženom preduzeću ili međunarodnoj agenciji.

Član 9

UDRUŽENA PREDUZEĆA

(1) Kada

a) preduzeće ugovorne države učestvuje direktno ili indirektno u upravi, kontroli ili kapitalu preduzeća druge ugovorne države,

ili

b) ista lica direktno ili indirektno učestvuju u upravi, kontroli ili kapitalu preduzeća ugovorne države i preduzeća druge ugovorne države,

te u oba slučaja, dati su ili nametnuti uvjeti između dva preduzeća u njihovim trgovačkim ili finansijskim odnosima koji se razlikuju od onih koji bi postojali između nezavisnih preduzeća, tada bi profit, samo pod navedenim uvjetima, steklo jedno od preduzeća, no, zbog istih uvjeta, profit koji se nije stekao se može uključiti u profit tog preduzeća i adekvatno oporezovati.

(2) Kada ugovorna država uključuje u profit preduzeća te države – i adekvatno ga oporezuje – profit za koji je preduzeće druge ugovorne države duženo u toj drugoj državi, i profit tako obuhvaćen je onaj koji bi nastao za preduzeće prvo-spomenute države kada su uvjeti između dva preduzeća, oni koji bi nastali između nezavisnih preduzeća, tada će ta druga država učiniti adekvatne prilagodbe u vezi sa iznosom poreza koji je predviđen za takav profit. U određivanju takve prilagodbe, vodit će se računa o drugim odredbama ove Konvencije, a nadležne vlasti ugovornih država će se po potrebi međusobno kontaktirati.

Član 10

DIVIDENDE

(1) Dividende koje daju kompanije koje se predstavnici ugovorne države predstavniku druge ugovorne države, mogu se oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Međutim, takve dividende se također mogu oporezovati u ugovornoj državi čiji je predstavnik kompanija koja daje dividende i u skladu sa zakonima te države, no, ako je korisnik dividendi predstavnik druge ugovorne države, takav porez neće prevazilaziti:

a) 5 % od bruto iznosa dividendi, ako je korisnik kompanija (koja nije partnerstvo) i koja direktno posjeduje barem 25 % kapitala kompanije koja daje dividende;

b) 10 % od bruto iznosa dividendi u svim drugim slučajevima.

Nadležne vlasti ugovornih država će zajedničkim dogovorom riješiti način primjene ovih ograničenja.

Ovaj stav neće obuhvaćati oporezivanje kompanije u pogledu profita od kojeg se plaćaju dividende.

(3) Pojam "dividende" iz ovog Člana znači prihod od dionica, "jouissance" dionice ili "jouissance" prava, rudnih dionica, osnivačkih dionica ili drugih prava, koja ne predstavljaju potraživanja duga, obuhvaćenih profitom, kao i prihod od ostalih korporativnih prava koja su predmet istog poreskog tretmana kao i prihod od dionica prema zakonima države u kojoj je kompanija koja vrši distribuciju predstavnik.

(4) Odredbe stava 1. i 2. se neće primjenjivati ako vlasnik dividendi, koji je predstavnik ugovorne države, vrši djelatnost u drugoj ugovornoj državi, gdje je kompanija koja plaća dividendu predstavnik putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, te posjed u čije su ime dividende isplaćene je u efikasnoj vezi sa takvom stalnom ustanovom. U tom slučaju, primjenjivat će se odredbe Člana 7.

(5) Kada kompanija koja je predstavnik ugovorne države ima profit ili prihod iz druge ugovorne države, ta druga država ne može uvesti nikakav porez na dividende koje daje kompanija, osim onoliko koliko su takve dividende plaćene predstavniku te druge države ili onoliko koliko je posjed za koji se plaćaju dividende u efikasnoj vezi sa stalnom ustanovom koja se nalazi toj drugoj državi, niti podvrgnuti nedistribuiran profit kompanije porezu na nedistribuiran profit kompanije, čak iako su dividende isplaćene ili se nedistribuirani profit sastoji, u potpunosti ili djelomično, od profita ili prihoda proizvedenog u takvoj drugoj državi.

Član 11

KAMATA

(1) Kamata koja nastane u ugovornoj državi i plati se predstavniku druge ugovorne države, može se oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Međutim, takva se kamata također može oporezovati u ugovornoj državi u kojoj nastane i u skladu sa zakonima te države, ali ako je vlasnik kamate predstavnik druge ugovorne države, propisani porez neće prevazići 5 % od bruto iznosa kamate. Nadležne vlasti ugovornih država će zajedničkim dogovorom riješiti način primjene ovog ograničenja.

(3) Bez obzira na odredbe stava 2., svaka takva kamata iz stava .1 će se oporezovati samo u ugovornoj državi čiji je primalac predstavnik, ako je takav primalac vlasnik kamate i ako je takva kamata i isplaćena:

- a) u vezi sa kreditnom prodajom sve industrijske, komercijalne ili naučne opreme,
- b) u vezi sa kreditnom prodajom sve robe jednog preduzeća drugom preduzeću, ili
- c) bilo kojim zajmom bilo koje vrste odobrenim, obezbijeđenim ili zagaranovanim od strane državne ili centralne banke.

d) (4) Pojam "kamata" iz ovog Člana, znači prihod od potraživanja duga bilo koje vrste, bilo da je ili ne osigurano hipotekom ili bilo da podrazumijeva ili ne pravo učešća u profitu dužnika, te posebno, prihod od državnih papira od vrijednosti i prihod od obveznica ili zadužnica, uključujući pripadajuće premije i nagrade iz takvih papira od vrijednosti, obveznica ili zadužnica. Kazne za zakašnjelu isplatu se neće smatrati kamatom u svrhu ovog Člana.

(5) Odredbe stava 1., 2. i 3. se neće primjenjivati ako vlasnik kamate, koji je predstavnik ugovorne države, vrši djelatnosti u drugoj ugovornoj državi u kojoj nastane kamata putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, a potraživanje duga u vezi sa kamatom je efektivno isplaćeno u vezi sa takvom stalnom ustanovom. U tom slučaju primjenjivat će se odredbe Člana 7.

(6) Smatrat će se da su nastale kamate u ugovornoj državi, kada je onaj koji plaća ujedno i predstavnik te države. Međutim, kada lice koje plaća kamatu, bilo da je predstavnik ugovorne države ili ne, ima stalnu ustanovu u vezi sa kojom je nastalo dugovanje za koje je isplaćena kamata, te takvu kamatu snosi ta stalna ustanova, onda će se ta kamata smatrati da je nastala u državi u kojoj se nalazi stalna ustanova.

(7) Kada, iz razloga specijalnog odnosa između onog koji plaća i vlasnika ili između njih obojice i nekog drugog lica, iznos kamate, imajući u vidu potraživanje duga za koji se daje, prevazilazi iznos koji bi bio dogovoren između onog koji plaća i vlasnika u nedostatku takvog odnosa, odredbe ovog Člana će se primjenjivati samo na posljednji spomenuti iznos. U tom slučaju, višak od uplate će biti oporeziv dio, u skladu sa zakonima svake ugovorne države, istodobno imajući u vidu i ostale odredbe ove Konvencije.

Član 12 **HONORAR**

(1) Honorar koji nastane u ugovornoj državi i plati se rezidentu druge ugovorne države se može oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Međutim, takav honorar se također može oporezovati u ugovornoj državi u kojoj nastane i u skladu sa zakonima te države, ali ako je primalac honorara predstavnik druge ugovorne države, takav porez neće preći 5% od ukupnog bruto iznosa honorara. Nadležne vlasti ugovornih država će zajedničkim dogovorom riješiti način primjene ovog ograničenja.

(3) Pojam "honorar" iz ovog Član znači svaki prihod koji se primi kao naknada za korištenje, ili pravo na korištenje, autorskih prava književnog, umjetničkog ili naučnog rada, uključujući kinematografske filmove ili filmove ili trake koje se koriste u radijskom i televizijskom emitovanju, svih izuma, zaštitnih znakova, dizajna ili modela, planova, tajnih formula ili procesa za informacije koje se tiču industrijskog, komercijalnog ili naučnog iskustva.

(4) Odredbe stava 1. i 2. se neće primjenjivati ako vlasnik honorara, koji je predstavnik ugovorne države, vrši djelatnost u drugoj ugovornoj državi u kojoj nastane honorar putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, a pravo na imovinu u vezi koje je honorar plaćen je efikasno povezano sa takvom stalnom ustanovom. U tom slučaju, primjenjuju se odredbe Člana 7.

(5) Smatrat će se da je nastao honorar u ugovornoj državi kada je onaj koji plaća predstavnik te države. Međutim, kada lice koje plaća honorar, bilo da je predstavnik ugovorne države ili ne, u ugovornoj državi ima stalnu ustanovu u vezi sa kojom je dugovanje za koje se plaća honorar nastalo, a takav honorar snosi takva stalna ustanova, u tom slučaju će se smatrati da je nastao honorar u državi u kojoj se nalazi stalna ustanova.

(6) Kada, zbog specijalnog odnosa između onog koji plaća i vlasnika ili između obojice i nekog trećeg lica, iznos honorara, imajući u vidu upotrebu, pravo ili informacije za koji se honorar plaća, prevaziđe iznos koji bi bio dogovoren između onog koji plaća i vlasnika honorara u nedostatku takvog odnosa, odredbe ovog Člana će se primjenjivati samo na posljednje spomenuti iznos. U tom slučaju, višak uplate će i dalje biti oporeziv prema zakonima svake ugovorne države, pritom imajući u vidu druge odredbe ove Konvencije.

Član 13

KAPITALNA DOBIT

(1) Dobit koju stiče predstavnik ugovorne države oduzimanjem nepokretne imovine iz Člana 6., a koja se nalazi u drugoj ugovornoj državi, može se oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Dobit od oduzimanja pokretne imovine, koja čini dio poslovne imovine stalne ustanove, koju preduzeće ugovorne države posjeduje u drugoj ugovornoj državi, uključujući onu dobit stečenu oduzimanjem takve stalne ustanove (samostalno ili sa čitavim preduzećem), može se oporezovati u toj drugoj državi.

(3) Dobit stečena oduzimanjem brodova ili aviona koji vrše međunarodni saobraćaj, te brodovi koji saobraćaju na unutrašnjim vodenim saobraćajnicama ili pokretna imovina koja se odnosi na rad takvih brodova i aviona, bit će oporeziva samo u ugovornoj državi u kojoj se nalazi sjedište uprave preduzeća.

(4) Dobit stečena oduzimanjem sve one imovine koja nije obuhvaćena stavovima 1., 2., i 3. će se oporezivati samo u ugovornoj državi čiji je predstavnik onaj koji vrši oduzimanje imovine.

Član 14

DOHODAK PO OSNOVU RADNOG ODNOSA

(1) Prema odredbama Članova 15., 17., 18., 19. i 20., plate, naknade i druga slična primanja predstavnika ugovorne države u pogledu radnog odnosa će biti oporezivi samo u toj državi, osim ako se radni odnos vrši u drugoj ugovornoj državi; ako se vrši takav radni odnos, onda se takva primanja mogu oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Bez obzira na odredbe stava 1., primanja rezidenta ugovorne države u pogledu radnog odnosa koji se vrši u drugoj ugovornoj državi će se samo oporezivati u prvospomenutoj državi ako:

- a) je primalac prisutan u drugoj državi u periodu ili periodima koji ne prelaze agregat od 183 dana aktuelne fiskalne godine, i
- b) se primanja plaćaju od strane, ili u ime, poslodavca koji nije predstavnik druge države, i
- c) primanja ne snosi stalna ustanova koju poslodavac posjeduje u drugoj državi.

(3) Bez obzira na prethodne odredbe ovog Člana, primanja stečena u pogledu radnog odnosa koji se vrši na brodu ili avionu koji radi u međunarodnom saobraćaju, ili na brodu koji plovi na unutarnjim vodenim saobraćajnicama, može se oporezovati u ugovornoj državi u kojoj se nalazi sjedište uprave preduzeća.

Član 15

PRIMANJA DIREKTORA

Sva primanja direktora koja stiče predstavnik ugovorne države u svojstvu Člana upravnog odbora preduzeća koje je predstavnik druge ugovorne države, može se oporezivati u toj drugoj državi.

Član 16

UMJETNICI I SPORTISTI

(1) Bez obzira na odredbe Člana 7 i 14, prihodi predstavnika ugovorne države kao zabavljača, kao što su pozorišni, filmski, radijski ili televizijski umjetnici, muzičari ili sportisti, koji vrše svoje lične aktivnosti u drugoj ugovornoj državi, mogu se oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Kada prihod koji ostvari zabavljač ili sportista kao takav ne pripada samom zabavljaču ili sportisti već trećem licu, takav prihod može, bez obzira na odredbe Članova 7. i 14., da se oporezuje u ugovornoj državi u kojoj su se vršile aktivnosti zabavljača ili sportiste.

Član 17
PENZIJE

Prema odredbama stava 2. Člana 18., penzije i druga slična primanja predstavnika ugovorne države u pogledu bivšeg zaposlenja će biti oporezivi samo u toj državi.

Član 18
JAVNA SLUŽBA

- (1) a) Plate, naknade i druga slična primanja, izuzev penzije, koju plaća ugovorna država ili njena lokalna vlast pojedincu u vezi sa uslugama pruženim toj državi ili vlasti, oporezivati će se samo u toj državi.
- b) Međutim, takve plate, naknade i druga slična primanja će biti oporezivi samo u drugoj ugovornoj državi ako su usluge pružene u toj državi, a pojedinac, koji je predstavnik te države, je:
- (i) državljanin te države; ili
 - (ii) nije postao predstavnik te države samo u svrhu pružanja tih usluga
- (2) a) Svaka penzija koju daje, ili se daje iz fondova koje je stvorila ugovorna država ili njena lokalna vlast pojedincu u pogledu usluga koje su pružene toj državi ili vlasti će se oporezivati samo u toj državi.
- b) Međutim, takva penzija će se oporezivati samo u drugoj ugovornoj državi ako je pojedinac predstavnik ili državljanin te države.
- (3) Odredbe stava 1. ovog Člana će isto tako primjenjivati u pogledu prihoda austrijskog povjerenika vanjske trgovine u Bosni i Hercegovini i članova osoblja austrijskog povjerenika vanjske trgovine. Ova odredba će se također primjenjivati na osoblje organizacije Bosne i Hercegovine slične prirode locirane u Austriji.
- (4) Odredbe Članova 14., 15., 16., i 17. će se također primjenjivati na plate, naknade i druga primanja, kao i na penzije, u pogledu usluga pruženih u vezi sa poslovanjem vršenim od strane ugovorne države ili njene lokalne vlasti.

Član 19 **STUDENTI**

(1) Student ili pripravnik koji je predstavnik ili je neposredno prije posjete ugovornoj državi postao predstavnik druge ugovorne države i koji je prisutan u prvo-spomenutoj državi samo radi svog obrazovanja ili obuke, primanja koja on prima radi svog održanja, obrazovanja ili obuke, neće se oporezivati u toj državi, ako takva primanja dolaze iz izvora van te države.

(2) Primanja koja student ili pripravnik koji je ili je nekada bio predstavnik ugovorne države, dobija po osnovu radnog odnosa u drugoj ugovornoj državi u periodu ili periodima koji ne prelaze agregat od 183 dana aktuelne fiskalne godine, neće se oporezivati u toj drugoj državi ako je zaposlenje u direktnoj vezi sa njegovim studijama ili pripravništvom koje se vrši u prvo-spomenutoj državi.

(3) U pogledu grantova i stipendija koje nisu obuhvaćene stavom 1. ovog Člana, student ili pripravnik iz stava 1. će također tokom takvog obrazovanja ili obuke imati pravo na ista izuzeća, oslobađanja ili smanjenja u pogledu poreza koji su dostupni predstavnicima ugovorne države koju posjećuje.

Član 20 **PROFESORI I NASTAVNICI**

(1) Pojedinaac koji posjećuje ugovornu državu u svrhu predavanja ili vršenja istraživanja na univerzitetu, koledžu, školu ili drugoj priznatoj obrazovnoj ustanovi u toj državi i koji je ili je neposredno prije te posjete postao predstavnik druge ugovorne države, bit će oslobođen od poreza u prvo-spomenutoj ugovornoj državi za primanja za takvu nastavu ili istraživanja za period koji ne prelazi dvije godine od dana njegove prve posjete u te svrhe, ako su takva primanja nastala van države.

(2) Odredbe stava 1. ovog Člana se neće primjenjivati na prihod od istraživanja ako je takvo istraživanje sprovedeno, ne u javnom interesu, već prvenstveno za ličnu korist određenog lica ili lica.

Član 21 **DRUGI PRIHODI**

(1) Vrste prihoda predstavnika ugovorne države, gdje god da nastanu, a koje nisu obuhvaćene prethodnim članovima ove Konvencije će se oporezivati samo u toj državi.

(2) Odredbe stava 1. se neće primjenjivati na prihod, izuzev prihoda od nepokretne imovine iz stava 2. Člana 6., ako primalac takvog prihoda, koji je predstavnik ugovorne države, vrši djelatnost u drugoj ugovornoj državi putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, a pravo na imovinu u pogledu koje se plaća prihod je u efikasnoj vezi sa takvom stalnom ustanovom. U tom slučaju, primjenjivat će se odredbe Člana 7.

(3) Prihod predstavnika ugovorne države iz druge ugovorne države pod pravnim zahtjevom za održavanje se ne može oporezivati u prvo-spomenutoj državi, ako bi se takav prihod oslobodio poreza prema zakonima druge ugovorne države.

Član 22 **IMOVINA**

(1) Imovina u smislu nekretnina iz Člana 6., čiji je vlasnik predstavnik ugovorne države i nalazi se u drugoj ugovornoj državi, može se oporezivati u toj drugoj državi.

(2) Imovina u smislu pokretne imovine kao dijela poslovne imovine stalne ustanove koju posjeduje preduzeće ugovorne države u drugoj ugovornoj državi, može se oporezivati u toj drugoj državi.

(3) Imovina koju čine brodovi ili avioni koji rade u međunarodnom saobraćaju i brodovi koji rade na unutarnjim vodenim saobraćajnicama, i pokretna imovina u vezi sa radom takvih brodova i aviona, oporezivat će se samo u ugovornoj državi u kojoj je sjedište uprave preduzeća.

(4) Svi drugi elementi imovine rezidenta ugovorne države će se oporezivati samo u toj državi.

Član 23 **UKLANJANJE DVOSTRUKOG OPOREZIVANJA**

Dvostruko oporezivanje će se ukloniti na sljedeći način:

(1) U Austriji:

- a) Kada predstavnik Austrije ima prihod ili posjeduje imovinu koja se, prema odredbama ove Konvencije, može oporezivati u Bosni i Hercegovini, Austrija će, u skladu sa odredbama podstava b) i stava 3 , izuzeti takav prihod ili imovinu od poreza.
- b) Kada predstavnik Austrije ima prihod koji prema odredbama Članova 10.,11.,i 12. se može oporezivati u Bosni i Hercegovini, Austrija će dozvoliti smanjenje poreza na prihod tom predstavniku u vidu iznosa koji je jednak porezu plaćenom u Bosni i Hercegovini. Takvo smanjenje, međutim, neće preći onaj dio poreza izračunatog prije samog smanjenja, a koji se može pripisati onim vrstama prihoda stečenim u Bosni i Hercegovini .
- c) Odredbe podstava b) stav a) se neće primjenjivati na prihod ili imovinu predstavnika Austrije gdje Bosna i Hercegovina primjenjuje odredbe ove Konvencije na izuzimanje takvog prihoda ili imovine od poreza ili primjenjuje odredbe stavova 2. Člana 10., 11. i 12. na takav prihod.

(2) U Bosni i Hercegovini:

Kada predstavnik Bosne i Hercegovine ima prihod ili imovinu, koja je u skladu sa odredbama ove Konvencije oporeziva u Austriji, Bosna i Hercegovina će dozvoliti:

- a) smanjenje poreza na prihod predstavnika u iznosu jednakom porezu na prihod koji je plaćen u Austriji;
- b) smanjenje poreza na imovinu predstavnika u iznosu jednakom porezu na imovinu koji je plaćen u Austriji.

Međutim, takvo smanjenje u oba slučaja neće preći onaj dio poreza na prihod ili imovinu koji je izračunat prije dozvoljavanja samog smanjenja, a što se može pripisati, prema slučaju, prihodu ili imovini oporezivima u Austriji.

(3) Kada se u skladu sa bilo kojom odredbom Konvencije prihod stečen ili imovina predstavnika ugovorne države izuzima od poreza u toj državi, ta država bez obzira na to može, u računanju iznosa poreza na preostali prihod ili imovinu predstavnika, uzeti u obzir iznos izuzetog prihoda ili imovine.

Član 24

NEDISKRIMINACIJA

(1) Državljeni ugovorne države neće u drugoj ugovornoj državi biti izloženi bilo kakvom oporezivanju ili nekom zahtjevu u vezi s tim, koje je drugačije ili više tereti nego porezi i tome vezani zahtjevi kojima su izloženi državljani te druge države pod istim uvjetima, naročito u pogledu boravka.

(2) Lica bez državljanstva koji se predstavnici ugovorne države ni u jednoj ugovornoj državi neće se oporezivati ili izlagati bilo kakvim zahtjevima u vezi s tim, a koje je drugačije ili više tereti nego porez i tome vezani zahtjevi kojima su ili mogu biti izloženi državljani države pod istim uvjetima, naročito u pogledu boravka.

(3) Oporezivanje stalne ustanove koju posjeduje preduzeće ugovorne države u drugoj ugovornoj državi neće se uvesti po manje povoljnim uvjetima u toj drugoj državi nego porez uveden na preduzeća te druge države u vršenju iste djelatnosti. Ova odredba ne podrazumijeva da je ugovorna država obavezna da odobri predstavnicima druge ugovorne države sva lična davanja, olakšice i smanjenja u poreske svrhe u vezi sa građanskim statusom ili porodičnim obavezama koje odobrava vlastitim predstavnicima.

(4) Izuzev tamo gdje se primjenjuju odredbe stava 1. Člana 9., stava 7. Člana 11. ili stava 6. Člana 12., kamate, honorar i druga primanja koja daje preduzeće ugovorne države predstavniku druge ugovorne države će, u svrhu određivanja oporezivog profita takvog preduzeća, biti umanjivo pod istim uvjetima kao da su dati rezidentu prvo-spomenute države. Također, sva dugovanja preduzeća ugovorne države predstavniku druge ugovorne države će

u svrhu određivanja oporezivog kapitala takvog preduzeća, biti umanjivo pod istim uvjetima kao da je u pitanju predstavnik prvo-spomenute države.

(5) Preduzeća ugovorne države, kapital koji je u potpunosti ili djelomično u vlasništvu ili kontrolisan, direktno ili indirektno, od strane jednog ili više predstavnika druge ugovorne države, neće se izložiti u prvo-spomenutoj državi bilo kakvom oporezivanju ili tome-vezanim potrebama koje je drugačije ili više tereti od oporezivanja ili tome-vezanih zahtjeva kojima su izložena druga slična preduzeća prvo-spomenute države.

(6) Odredbe ovog Člana će se bez obzira na odredbe Člana 2. primjenjivati na poreze svih vrsta i opisa.

Član 25

PROCEDURA ZAJEDNIČKOG DOGOVORA

(1) Kada lice smatra da aktivnost jedne ili obje ugovorne države rezultira ili će rezultirati oporezivanjem koje nije u skladu sa odredbama ove Konvencije, ono može, bez obzira na pravne lijekove domaćeg prava tih država, predočiti svoj slučaj nadležnim vlastima ugovorne države čiji je predstavnik ili, ako je njegov slučaj obuhvaćen stavom 1. Člana 24., ugovorne države čiji je državljanin. Slučaj se mora predočiti u roku od tri godine od prve obavijesti o aktivnosti koja rezultira oporezivanjem, a koje nije u skladu sa odredbama Konvencije.

(2) Nadležne vlasti će nastojati, ako se prigovor čini opravdanim i ako sam po sebi nije dovoljan za postizanje zadovoljavajućeg rješenja, riješiti slučaj zajedničkim dogovorom sa nadležnim vlastima druge ugovorne države, u cilju izbjegavanja oporezivanja koje nije u skladu sa Konvencijom. Svaki postignuti dogovor će se ostvariti bez obzira na sva vremenska ograničenja u domaćem zakonodavstvu ugovorne države.

(3) Nadležne vlasti ugovornih država će nastojati da zajedničkim dogovorom riješe sve poteškoće ili sumnje u vezi sa tumačenjem ili primjenom Konvencije. Također se mogu zajedno konsultirati oko eliminacije dvostrukog oporezivanja u slučajevima koji nisu obuhvaćeni Konvencijom.

(4) Nadležne vlasti ugovornih država mogu se direktno savjetovati, kao i putem zajedničke komisije koja se sastoji od njih ili njihovih predstavnika, u svrhu postizanja dogovora u smislu prethodnih stavova.

(5) Kada nadležne vlasti ne mogu riješiti poteškoće ili sumnje u vezi sa tumačenjem ili primjenom Konvencije tijekom procedure zajedničkog dogovora u skladu sa prethodnim stavovima ovog Člana u okviru vremenskog roka od dvije godine od dana iniciranja procedure, slučaj će se predočiti, po prijavi poreskih obveznika, arbitražnom sudu od strane nadležnih vlasti ugovorne države koja je inicirala proceduru zajedničkog dogovora.

Arbitražni sud će se sastojati od jednog predstavnika svih nadležnih vlasti ugovornih država i po jednog nezavisnog lica obje ugovorne države koji će se imenovati sa liste arbitara po rangiranom poretku. Arbitri će imenovati jedno lice za predsjedavajućeg koji će morati imati neophodne kvalifikacije za imenovanje za najviše sudske kancelarije u njegovoj zemlji ili da je pravni stručnjak priznate stručnosti. Svaka država će imenovati pet stručnih lica za spisak arbitara. Poreski obveznik će se saslušati pred arbitražnim sudom na njegov zahtjev. Arbitražni sud će donijeti svoju odluku ne kasnije od šest mjeseci od dana kada je predmet zaprimljen. Odluka će biti obavezujuća u pogledu pojedinačnog slučaja na obje ugovorne države i sve poreske obveznike u pitanju.

Član 26

RAZMJENA INFORMACIJA

(1) Nadležne vlasti ugovornih država će vršiti razmjenu onih informacija koje se mogu smatrati relevantnim za sprovođenje odredbi ove Konvencije ili za primjenu domaćih zakona u vezi svih vrsta poreza i datih opisa u ime ugovornih država, ili njihovih političkih subdivizija ili lokalnih vlasti, onoliko koliko porez nije u suprotnosti sa Konvencijom. Razmjena informacija nije ograničena Članovima 1. i 2.

(2) Sve dobivene informacije iz stava 1. ugovorne države će tretirati kao tajne na isti način kao i informacije dobivene u okviru domaćeg prava te države i bit će dostupne samo licima ili vlastima (uključujući sudove i administrativna tijela) koja se bave procjenom ili prikupljanjem, primjenom ili gonjenjem, u pogledu žalbi u vezi sa porezima iz stava 1., ili previdom navedenog. Takva lica ili vlasti će koristiti informacije samo u te svrhe. Oni mogu dati informaciju u javnom sudskom postupku ili pri donošenju sudskih odluka. Bez obzira na prethodno, informacije dobijene od ugovorne države se mogu koristiti u druge svrhe kada se takve informacije mogu koristiti u te druge svrhe u skladu sa zakonima obje države i kada nadležne vlasti države koja daje informacije dozvoli takvu upotrebu.

(3) Ni u jednom slučaju se odredbe stava 1. i 2. ne mogu smatrati da nameću obavezu ugovornoj državi da:

a) sprovodi administrativne mjere u suprotnosti sa zakonima i administrativnom praksom te ili druge ugovorne države;

b) pruži informacije koje se ne mogu davati prema zakonima ili u normalnom toku primjene te ili druge ugovorne države;

c) pruži informacije kojima bi se otkrile bilo koje trgovinske, poslovne, industrijske, komercijalne ili profesionalne tajne ili trgovinski procesi, ili informacije, čije bi otkrivanje bilo u suprotnosti sa javnom politikom (javni poredak), osnovnim pravima koje je država zagarantovala, posebno u oblasti zaštite podataka.

(4) Kada ugovorna država zatraži informacije u skladu sa ovim članom, druga ugovorna država će iskoristiti svoje mjere za prikupljanje podataka kako bi dobila zatraženu

informaciju, iako ta druga država možda ne zahtijeva takvu informaciju u svoje vlastite poreske svrhe. Obaveza iz prethodne rečenice je predmet ograničenja stava 3., ali se ni u kojem slučaju ta ograničenja neće smatrati da dozvoljavaju ugovornoj državi da odbije da pruži informaciju, jer nema domaći interes za takvom informacijom.

(5) Ni u jednom slučaju se odredbe stava 3. neće smatrati da dozvoljavaju ugovornoj državi da odbije da pruži informaciju, jer informaciju posjeduje banka, druga finansijska ustanova, imenovano lice ili lice koje posreduje ili ima fiducijarnu sposobnost ili ima veze sa vlasničkim interesima lica.

Član 27

ČLANOVI DIPLOMATSKIH MISIJA I KONZULARNIH POZICIJA

Niti jedna stvar iz ove Konvencije neće uticati na fiskalne privilegije članova diplomatskih misija i konzularnih pozicija prema općim pravilima međunarodnog prava ili odredbama posebnih sporazuma.

Član 28

STUPANJE NA SNAGU

(1) Ova Konvencija će se ratifikovati, a instrumenti ratifikacije će se razmijeniti što je prije moguće.

(2) Ova Konvencija će stupiti na snagu prvog dana trećeg mjeseca nakon razmjene instrumenata ratifikacije.

(3) Njene odredbe će važiti za poreze za svaku fiskalnu godinu počevši od ili nakon prvog dana januara kalendarske godine nakon razmjene ratifikacionih instrumenata.

Član 29

OKONČANJE

(1) Ova Konvencija će važiti neograničeno.

(2) Svaka ugovorna država može okončati Konvenciju, putem diplomatskih kanala, u pisanoj formi o prestanku važenja na dan ili prije tridesetog dana juna kalendarske godine nakon prve godine od dana stupanja na snagu ove Konvencije.

(3) U tom slučaju, Konvencija će prestati da važi u pogledu poreza za svaku fiskalnu godinu koja počinje ili nakon prvog dana januara kalendarske godine, nakon što je podneseno obavještenje o prestanku važenja.

POTVRĐUJUĆI NAVEDENO, punomoćnici dvije ugovorne države, valjano ovlaštene, potpisali su ovu Konvenciju.

SAČINJENO u dva primjerka u Sarajevu, dana 16. decembra 2010. godine, na njemačkom, bosanskom/hrvatskom/srpskom i engleskom jeziku, i pritom su svi tekstovi jednako autentični. U slučaju bilo kakvog odstupanja u prevodu, prevladat će verzija teksta na engleskom.

Za Republiku Austriju:

Köck m.p.

Za Bosnu i Hercegovinu:

Vrankić m.p.

POSTUPAK

U trenutku potpisivanja Konvencije između Republike Austrije i Bosne i Hercegovine o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja u pogledu poreza na prihod i imovinu, dolje potpisani su se usaglasili da će sljedeće odredbe činiti integralni dio Konvencije:

1. Tumačenje Konvencije

Jasno je da se od odredaba Konvencije, koje su sačinjene u skladu sa prikladnim odredbama OECD Modela Konvencije o prihodima i kapitalu, generalno očekuje isto značenje iz komentara OECD-a. Značenje iz prethodne rečenice se neće primjenjivati u sljedećim situacijama:

- a) svaka uzdržanost ili primjedba na Model OECD-a ili njegov Komentar bilo koje ugovorne države;
- b) svako suprotno tumačenje sa objavljenim objašnjenjem jedne od ugovornih država koje je dostavljeno nadležnim vlastima druge ugovorne države prije stupanja na snagu Konvencije; i
- c) svako suprotno tumačenje dogovoreno od strane nadležnih vlasti nakon dana stupanja na snagu Konvencije.

Komentar - koji je s vremena na vrijeme podložan provjeri – predstavlja sredstvo tumačenja u smislu Bečke konvencije od 23. maja 1969. godine o zakonu o sporazumima.

2. U Članu 11

Jasno je da će se odredbe Člana 11. stav 3. također primjenjivati i na odobrene zajmove, osigurane ili zagarantovane od strane Oesterreichische Kontrollbank AG ili Izvozno-kreditne agencije Bosne i Hercegovine.

3. U Članu 26

(1) Nadležne vlasti zemlje kandidata će dati sljedeće informacije nadležnim vlastima tražene države pri traženju informacija u okviru Konvencije za demonstraciju očekivane važnosti informacija na zahtjev o:

- (a) identitetu lica pod ispitivanjem ili istragom;
- (b) izjavi o traženoj informaciji uključujući prirodu i oblik u kojem država kandidat želi da dobije informacije od države od koje je traži;
- (c) poreskoj svrsi za koju se traži informacija;
- (d) osnovama za vjerovanje da se tražena informacija nalazi u zemlji od koje se ona traži ili je u posjedu ili pod kontrolom lica koje je spada u nadležnost zemlje od koje se traži;
- (e) imenu i adresi svakog lica za koje se vjeruje da je u posjedu tražene informacije;
- (f) izjavi zemlje kandidata da je iskoristila sva moguća sredstva na svojoj teritoriji da dođe u posjed informacija, izuzev onih koje bi izazvale nesrazmjerne poteškoće.

(2) Jasno je da razmjena informacija iz Člana 26. ne uključuje mjere koje čine zahtjevi za informacijama bez ikakvog znanja da li takve informacije i postoje, odnosno „ispipavanje terena“.

(3) Jasno je da stav 5. Člana 26. ne zahtijeva da ugovorne države razmjene informacije na spontanoj ili automatskoj osnovi.

(4) Jasno je da će se – pored gore spomenutih načela – za tumačenje Člana 26., također uvažavati i načela iz OECD Komentara, uključujući tehničku notu Sekretarijata OECD-a, koja je priložena kao aneks ovom dodatnom postupku.

POTVRĐUJUĆI NAVEDENO, punomoćnici dvije ugovorne države, valjano ovlaštene, potpisali su ovaj postupak.

SAČINJENO u dva primjerka u Sarajevu, dana 16. decembra 2010. godine, na njemačkom, bosanskom/hrvatskom/srpskom i engleskom jeziku, pritom su sve verzije jednako autentične. U slučaju bilo kakvog odstupanja u prevodu, prevladat će verzija teksta na engleskom.

Za Republiku Austriju:

Köck m.p.

Za Bosnu i Hercegovinu:

Vrankic m.p.

Aneks

Tehnička nota o stavu 5. Člana 26. OECD Modela poreske konvencije

Stav 5. Člana 26. OECD Modela poreske konvencije podrazumijeva da bankarska tajnost ne može predstavljati prepreku za razmjenu informacija u poreske svrhe. Član 26. također podrazumijeva važna bezbjednosna sredstva u cilju zaštite povjerljivosti podataka o poreskom obvezniku.

Standard zahtijeva razmjenu informacija samo na zahtjev. Kada se zatraži informacija, mora se izvršiti razmjena samo kada je to “od predvidljive važnosti” za administraciju ili primjenu domaćeg prava partnera sporazuma. Zemlje ne mogu da se upuštaju u “ispipavanje terena” ili da zatraže informaciju čija je mala vjerovatnoća značaja za poreska pitanja datog poreskog obveznika. U formulisanju njihovih zahtjeva, nadležne vlasti trebaju demonstrirati očekivanu relevantnost traženih informacija. Npr. nije moguće za državu da slučajno zatraži informaciju o žiro-računima predstavnika u bankama koje se nalaze u drugoj državi. Također, čak i prilikom revizije poreskog obveznika, poreska uprava neće tražiti informaciju o određenom poreskom obvezniku kada nije identifikovana transakcija ili postoji indikacija moguće transakcije, koja čini vezu sa drugom državom. S druge strane, npr. kada poreska uprava procijeni poresku odgovornost određenog poreskog obveznika i sumnja da taj poreski obveznik ima žiro-račun u drugoj državi, tada nadležne vlasti mogu zatražiti informaciju o tom određenom poreskom obvezniku. Isti je slučaj kada je npr. identifikovan veći broj poreskih obveznika sa offshore kreditnim karticama banaka koje se nalaze u drugoj državi. Država koja daje zahtjev treba prvo iskoristiti sva domaća sredstva da dođe u posjed traženih informacija. Za dodatna pitanja, obratite pažnju da komentare na Član 26. OECD Modela poreske konvencije i Člana 5. Modela sporazuma o razmjeni informacija.

Kada se izvrši razmjena informacija, postaje predmetom strogih pravila povjerljivosti. Jasno je definisano u Članu 26. da će se date informacije tretirati kao tajna. Mogu se koristiti samo u svrhe obuhvaćene ovom konvencijom. Sankcije za kršenje takve tajnosti obuhvaćene su upravnim i krivičnim zakonima u svim državama. Obično, neovlašteno davanje poreskih informacija dobijenih od druge zemlje je krivično djelo kažnjivo zatvorskom kaznom.

Kao što se može vidjeti u ovim objašnjenjima, koja se mogu naći u komentaru OECD Modelu poreske konvencije, kao i u priručniku OECD o razmjeni informacija, bankarska tajnost nije kompatibilna sa efikasnom razmjenom informacija u poreske svrhe. Sve zemlje imaju pravila o bankarskoj tajnosti ili povjerljivosti. Ispunjavanje međunarodno-dogovorenih standarda o razmjeni informacija podrazumijevaju samo ograničene izuzetke od pravila o bankarskoj tajnosti, i neće umanjiti povjerenje građana u zaštiti njihove privatnosti.

KONVENCIJA
IZMEĐU
REPUBLIKE AUSTRIJE
I
BOSNE I HERCEGOVINE
O IZBJEGAVANJU DVOSTRUKOG OPOREZIVANJA
U POGLEDU
POREZA NA DOHODAK I IMOVINU

Republika Austrija i Bosna i Hercegovina, želeći da zaključe Konvenciju o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja u pogledu poreza na dohodak i imovinu,

dogovorile su se sljedeće:

Član 1

OBUHVAĆENA LICA

Ova Konvencija će se primjenjivati na lica koja su rezidenti jedne ili obje ugovorne države.

Član 2

OBUHVAĆENI POREZI

(1) Ova Konvencija će se primjenjivati na poreze na dohodak i imovinu koji su uvedeni u ime ugovorne države ili njenih mjesnih vlasti, bez obzira na način na koji su uvedeni.

(2) Smatrat će se porezima na dohodak i imovinu svi oni porezi koji su uvedeni na ukupne prihode, ukupnu imovinu ili elemente prihoda ili imovine, uključujući porez na dobit od oduzimanja pokretne ili nepokretne imovine, porez na ukupan iznos plata i naknada koje snose poduzeća, kao i porez na povećanje kapitala.

(3) Postojeći porezi na koje se primjenjuje ova Konvencija će se posebno primjenjivati na:

a) u Austriji:

- (i) porez na dohodak;
 - (ii) porez na dobit;
 - (iii) porez na zemlju;
 - (iv) porez na poljoprivredna i šumarska poduzeća;
 - (v) porez na vrijednost slobodnih parcela;
- (u daljnjem tekstu "austrijski porezi");

b) u Bosni i Hercegovini:

- (i) Porez na dohodak građana;
 - (ii) porez na dobit poduzeća;
 - (iii) porez na imovinu;
- (u daljnjem tekstu "porezi Bosne i Hercegovine").

(4) Konvencija će se također primjenjivati na sve identične ili u većoj mjeri slične poreze koji su uvedeni nakon dana potpisivanja Konvencije pored, ili umjesto, postojećih poreza. Nadležne vlasti ugovornih država će obavijestiti jedna drugu o svim značajnijim promjenama u njihovim poreskim zakonima.

Član 3 **OPĆE DEFINICIJE**

(1) U svrhu Konvencije, izuzev ako kontekst zahtijeva drugačije:

- a) pojam "ugovorna država" i "druga ugovorna država" znači Republika Austrija i Bosna i Hercegovina, u smislu konteksta;
- b) pojam "Austrija" znači Republika Austrija
- c) pojam „Bosna i Hercegovina " znači država Bosna i Hercegovina;
- d) pojam "lice" obuhvata pojedinca, društvo i sva druga tijela lica;
- e) pojam "društvo" znači sva kolektivna tijela ili svi entiteti koji se tretiraju kao kolektivno tijelo u poreske svrhe;
- f) pojam "poduzeće" se primjenjuje na vršenje bilo koje djelatnosti;
- g) pojam "poduzeće ugovorne države" i "poduzeće druge ugovorne države" znače poduzeće koje vodi rezident ugovorne države, odnosno poduzeće koje vodi rezident druge ugovorne države;
- h) pojam "međunarodni promet" znači svaki prevoz brodom ili avionom koje vrši poduzeće čije je sjedište uprave u ugovornoj državi, osim kada brod ili avion radi samo između lokacija u drugoj ugovornoj državi;
- i) pojam "nadležne vlasti" znači:
 - (i) u Austriji: Federalni ministar financija ili njegov ovlaštenu predstavnik;
 - (ii) u Bosni i Hercegovini: Ministarstvo financija i trezora Bosne i Hercegovine ili njegov ovlaštenu predstavnik;
- j) pojam "državljanin" znači:
 - (i) svaki pojedinac koji ima državljanstvo ugovorne države;
 - (ii) svako pravno lice, partnerstvo ili udruženje koje ima takav status zahvaljujući zakonima na snazi u ugovornoj državi;
- k) pojam "poslovanje" obuhvata rad profesionalnih službi i druge aktivnosti nezavisnog karaktera.

- (2) Kada je u pitanju primjena Konvencije u bilo koje vrijeme od strane ugovorne države, svi pojmovi koji nisu definirani, osim ako kontekst zahtijeva drugačije, ima značenje koje ima u to vrijeme prema zakonu te države na koju se Konvencija primjenjuje; svako značenje prema primjenjivim poreskim zakonima te države prevladuje nad značenjima pojma iz drugih zakona te države.

Član 4 **REZIDENT**

(1) U svrhu ove Konvencije, pojam "rezident ugovorne države" znači svako lice koje prema zakonima države podliježe tamošnjem porezu iz razloga svog mjesta boravka, prebivališta, sjedišta i svih drugih kriterija slične prirode, te također uključuje tu državu i sve njene lokalne vlasti. Međutim, ovaj pojam ne uključuje lica koja podliježu porezu u toj državi samo u pogledu prihoda iz izvora koji su u toj državi ili imovine koja se u njoj nalazi.

(2) Kada je lice, prema odredbama stava 1, rezident obje ugovorne države, tada će se njegov status determinirati na sljedeći način:

- a) smatrat će se rezidentom samo one države u kojoj ima stalan dom koji mu je dostupan; ako ima stalan dom koji mu je dostupan u obje države, smatrat će se rezidentom samo one države sa kojom ima bliže lične i ekonomske odnose (centar vitalnog interesa);
- b) ako se država u kojoj ima centar vitalnog interesa ne može ustanoviti, ili ako nema stalan dom koji mu je dostupan niti u jednoj od država, smatrat će se rezidentom samo one države u kojoj ima boravište;
- c) ako ima boravište u obje zemlje ili niti u jednoj od njih, smatrat će se rezidentom samo one zemlje u kojoj je državljanin;
- d) ako je državljanin obje države ili niti jedne od njih, nadležne vlasti ugovornih država će nastojati da riješe to pitanje zajedničkim dogovorom.

(3) Kada lice, na osnovu odredaba stava 1, nije pojedinac, a rezident je obje ugovorne države, smatrat će se rezidentom samo one države u kojoj ima sjedište uprave.

Član 5 **STALNA USTANOVA**

(1) U svrhu ove Konvencije, pojam "stalna ustanova" znači stalno mjesto poslovanja u kojem se poslovanje poduzeća u potpunosti ili djelomično obavlja.

(2) Pojam "stalna ustanova" naročito uključuje:

- a) sjedište uprave;
- b) podružnicu;
- c) kancelariju;
- d) tvornicu;
- e) radionicu,i
- f) rudnik, izvor nafte ili plina, kamenolom ili sva ona mjesta eksploatiranja prirodnih resursa.

(3) Gradilište ili projekt izgradnje ili instalacije čine stalnu ustanovu samo ako traju više od dvanaest mjeseci.

(4) Bez obzira na prethodne odredbe ovog Člana, pojam "stalna ustanova" neće se smatrati da uključuje:

- a) upotrebu objekata samo u svrhu skladištenja, izlaganja ili dostave dobara ili robe koja pripada poduzeću;
- b) održavanje zaliha robe ili dobara koje pripadaju poduzeću samo u svrhu skladištenja, izlaganja ili dostave;
- c) održavanje zaliha robe ili dobara koje pripadaju poduzeću samo u svrhu prerade od strane drugog poduzeća;
- d) održavanje stalnog sjedišta samo u svrhu kupovine robe ili dobara ili prikupljanja obavijesti za poduzeće;
- e) održavanje stalnog sjedišta poslovanja u svrhu provođenja svake druge aktivnosti pripremnog ili pomoćnog karaktera za poduzeće;
- f) održavanje stalnog sjedišta poslovanja isključivo za sve kombinacije aktivnosti koje su spomenute u tačkama a) do e), ako ukupna djelatnost stalnog sjedišta poslovanja koja proističe iz ove kombinacije je pripremnog ili pomoćnog karaktera.

(5) Bez obzira na odredbe stava 1. i 2., prema kojima lice - koje nije agent nezavisnog statusa, na koje se primjenjuje stav 6. – djeluje u ime poduzeća i ima, te redovno vrši u ugovornoj državi, nadležnost za zaključenje ugovora u ime poduzeća, to poduzeće će se smatrati da ima stalnu ustanovu u toj zemlji u pogledu svih aktivnosti koje to lice poduzima za poduzeće, osim ako su aktivnosti takvog lica ograničene na one iz stava 4., koje, ako se vrše putem stalnog sjedišta poslovanja, to neće činiti ovo stalno sjedište poslovanja stalnom ustanovom prema odredbama tog stava.

(6) Poduzeće se neće smatrati stalnom ustanovom u ugovornoj državi kad vrši poslovanje u toj državi putem brokera, općeg trgovačkog zastupnika i svakog drugog agenta nezavisnog statusa, ako takva lica djeluju u skladu sa redovnim tokom svog poslovanja.

(7) Činjenica da poduzeće koje je rezident ugovorne države kontrolira ili je kontrolirano od strane poduzeća koje je rezident druge ugovorne države, ili koje vrši svoje poslovanje u toj ili drugoj državi (bilo putem stalne ustanove ili drukčije), samo po sebi neće činiti niti poduzeće niti stalnu ustanovu druge.

Član 6

PRIHOD OD NEPOKRETNOSTI

(1) Prihod koji pripada rezidentu ugovorne države od nepokretne imovine (uključujući prihod od poljoprivrede ili šumarstva) koja se nalazi u drugoj ugovornoj državi, može biti oporezovana u toj državi.

(2) Pojam "nepokretna imovina" će imati značenje koje ima u skladu sa zakonom ugovorne države u kojoj se nalazi navedena imovina. Pojam će u svakom slučaju uključivati pomoćne objekte nepokretne imovine, stočni fond i opremu koja se koristi u poljoprivredi i šumarstvu, prava na koja se primjenjuju odredbe općeg zakona u vezi sa zemljišnim posjedima, pravo na uživanje nepokretne svojine i pravo na varijabilnu ili fiksnu isplatu kao naknadu za rad, ili pravo na rad, sa rudnim naslagama, izvorima i drugim prirodnim resursima; brodovima i avionima, neće se smatrati nepokretnostima.

(3) Odredbe stava 1. će se primjenjivati na prihod od direktnog korištenja, najma, ili upotrebe nekretnina u bilo kojem obliku.

(4) Odredbe stava 1. i 3. će se također primjenjivati na prihod od nepokretnosti poduzeća.

Član 7

POSLOVNI PROFIT

(1) Profit poduzeća ugovorne države će se oporezivati samo u toj zemlji osim ako poduzeće vrši svoju djelatnost u drugoj ugovornoj državi putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi. Ako poduzeće vrši svoju djelatnost kao što je maločas spomenuto, profit poduzeća se može oporezivati u drugoj državi, ali samo onoliko koliko se može pripisati toj stalnoj ustanovi.

(2) Prema odredbama stava 3., prema kojima poduzeće ugovorne države vrši djelatnost u drugoj ugovornoj državi putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, u svakoj ugovornoj državi će se profit pripisati onoj stalnoj ustanovi koje ga može i da ostvari, ako postoji jasno odvojeno poduzeće angažirano na istim ili sličnim aktivnostima pod istim ili sličnim uvjetima i koje radi u potpunosti nezavisno sa poduzećem čije je ono stalna ustanova.

(3) U određivanju profita stalne ustanove, dozvoljavat će se odbici troškova koji nastanu u svrhu stalne ustanove, uključujući izvršne i opće administrativne troškove koji nastanu, bilo u zemlji u kojoj je smještena stalna ustanova ili drugdje.

(4) Onoliko koliko je uobičajeno u ugovornoj državi da se ustanovi koliki profit pripada stalnoj ustanovi na bazi raspodjele ukupnog profita poduzeća različitim stranama, ništa iz stava 2. neće sprečavati da ugovorna država ustanovi koji će se profit oporezovati takvom uobičajenom raspodjelom; metoda usvojene raspodjele će, međutim, biti takva da je rezultat u skladu sa načelima iz ovog Člana.

(5) Nikakav profit se neće pripisati stalnoj ustanovi po osnovu same kupovine dobara ili robe za poduzeće, od strane te ustanove.

(6) U svrhu prethodnog stava, profit koji će se pripisati stalnoj ustanovi će se ustanoviti istom metodom za svaku godinu ponaosob, izuzev ako postoji valjan i dovoljan razlog za suprotno.

(7) Kada profit uključuje vrste prihoda koje se odvojeno reguliraju drugim Članovima ove Konvencije, tada odredbe tih Članova neće biti obuhvaćene odredbama ovog Člana.

Član 8

INTERNACIONALNI TRANSPORT

(1) Profit koji proizlazi iz brodskog ili zračnog prometa oporezivat će se samo u ugovornoj državi u kojoj je smješteno sjedište uprave poduzeća.

(2) Profit koji proizlazi iz brodskog prometa na unutrašnjim vodenim prometnicama, oporezivat će se samo u ugovornoj državi u kojoj je smješteno sjedište uprave poduzeća.

(3) Ako je sjedište uprave špediterskog poduzeća ili poduzeća za prevoz na unutarnjim vodenim prometnicama na samom brodu ili čamcu, tada će se smatrati da se nalazi u ugovornoj državi u kojoj se nalazi boravišna luka broda ili u kojoj je brod smješten, ili, ako ne postoji boravišna luka, u ugovornoj državi u kojoj je rukovodilac broda ili čamca rezident.

(4) Odredbe stava 1. će se također primjenjivati na profit koji nastaje od učešća u integriranom, združenom poduzeću ili internacionalnoj agenciji.

Član 9
UDRUŽENA PODUZEĆA

(1) Kada

a) poduzeće ugovorne države učestvuje direktno ili indirektno u upravi, kontroli ili kapitalu poduzeća druge ugovorne države,

ili

b) ista lica direktno ili indirektno učestvuju u upravi, kontroli ili kapitalu poduzeća ugovorne države i poduzeća druge ugovorne države,

te u oba slučaja, dati su ili nametnuti uvjeti između dva poduzeća u njihovim trgovačkim ili financijskim odnosima koji se razlikuju od onih koji bi postojali između nezavisnih poduzeća, tada bi profit, samo pod navedenim uvjetima, steklo jedno od poduzeća, no, zbog istih uvjeta, profit koji se nije stekao se može uključiti u profit tog poduzeća i adekvatno oporezovati.

(2) Kada ugovorna država uključuje u profit poduzeća te države – i adekvatno ga oporezuje – profit za koji je poduzeće druge ugovorne države duženo u toj drugoj državi, i profit tako obuhvaćen je onaj koji bi nastao za poduzeće prvo-spomenute države kada su uvjeti između dva poduzeća oni koji bi nastali između nezavisnih poduzeća, tada će ta druga država učiniti adekvatne prilagodbe u vezi sa iznosom poreza koji je predviđen za takav profit. U određivanju takve prilagodbe, vodit će se računa o drugim odredbama ove Konvencije, a nadležne vlasti ugovornih država će se po potrebi međusobno kontaktirati.

Član 10
DIVIDENDE

(1) Dividende koje daju kompanije koje se rezidenti ugovorne države rezidentu druge ugovorne države, mogu se oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Međutim, takve dividende se također mogu oporezovati u ugovornoj državi čiji je rezident kompanija koja daje dividende i u skladu sa zakonima te države, no, ako je korisnik dividendi rezident druge ugovore države, takav porez neće prevazilaziti:

a) 5 % od bruto iznosa dividendi, ako je korisnik kompanija (koja nije partnerstvo) i koja direktno posjeduje barem 25 % kapitala kompanije koja daje dividende;

b) 10 % od bruto iznosa dividendi u svim drugim slučajevima.

Nadležne vlasti ugovornih država će zajedničkim dogovorom riješiti način primjene ovih ograničenja.

Ovaj stav neće obuhvaćati oporezivanje kompanije u pogledu profita od kojeg se plaćaju dividende.

(3) Pojam "dividende" iz ovog Člana znači prihod od dionica, "jouissance" dionice ili "jouissance" prava, rudnih dionica, osnivačkih dionica ili drugih prava, koja ne predstavljaju potraživanja duga, obuhvaćenih profitom, kao i prihod od ostalih korporativnih prava koja su predmet istog poreskog tretmana kao i prihod od dionica prema zakonima države u kojoj je kompanija koja vrši distribuciju rezident.

(4) Odredbe stava 1. i 2. se neće primjenjivati ako vlasnik dividendi, koji je rezident ugovorne države, vrši djelatnost u drugoj ugovornoj državi, gdje je kompanija koja plaća dividendu rezident putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, te posjed u čije su ime dividende isplaćene je u efikasnoj vezi sa takvom stalnom ustanovom. U tom slučaju, primjenjivat će se odredbe Člana 7.

(5) Kada kompanija koja je rezident ugovorne države ima profit ili prihod iz druge ugovorne države, ta druga država ne može uvesti nikakav porez na dividende koje daje kompanija, osim onoliko koliko su takve dividende plaćene rezidentu te druge države ili onoliko koliko je posjed za koji se plaćaju dividende u efikasnoj vezi sa stalnom ustanovom koja se nalazi toj drugoj državi, niti podvrgnuti nedistribuiran profit kompanije porezu na nedistribuiran profit kompanije, čak iako su dividende isplaćene ili se nedistribuirani profit sastoji, u potpunosti ili djelomično, od profita ili prihoda proizvedenog u takvoj drugoj državi.

Član 11 **KAMATA**

(1) Kamata koja nastane u ugovornoj državi i plati se rezidentu druge ugovorne države, može se oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Međutim, takva se kamata također može oporezovati u ugovornoj državi u kojoj nastane i u skladu sa zakonima te države, ali ako je vlasnik kamate rezident druge ugovorne države, propisani porez neće prevazići 5 % od bruto iznosa kamate. Nadležne vlasti ugovornih država će zajedničkim dogovorom riješiti način primjene ovog ograničenja.

(3) Bez obzira na odredbe stava 2., svaka takva kamata iz stava .1 će se oporezovati samo u ugovornoj državi čiji je primatelj rezident, ako je takav primatelj vlasnik kamate i ako je takva kamata i isplaćena:

- a) u vezi sa kreditnom prodajom sve industrijske, komercijalne ili naučne opreme,
- b) u vezi sa kreditnom prodajom sve robe jednog poduzeća drugom poduzeću, ili
- c) bilo kojim zajmom bilo koje vrste odobrenim, obezbijeđenim ili zagarantovanim od strane državne ili centralne banke.

(4) Pojam "kamata" iz ovog Člana, znači prihod od potraživanja duga bilo koje vrste, bilo da je ili ne osigurano hipotekom ili bilo da podrazumijeva ili ne pravo učešća u profitu dužnika, te posebno, prihod od državnih papira od vrijednosti i prihod od obveznica ili zadužnica, uključujući pripadajuće premije i nagrade iz takvih papira od vrijednosti, obveznica ili zadužnica. Kazne za zakašnjelu isplatu se neće smatrati kamatom u svrhu ovog Člana.

(5) Odredbe stava 1., 2. i 3. se neće primjenjivati ako vlasnik kamate, koji je rezident ugovorne države, vrši djelatnosti u drugoj ugovornoj državi u kojoj nastane kamata putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, a potraživanje duga u vezi sa kamatom je efektivno isplaćeno u vezi sa takvom stalnom ustanovom. U tom slučaju primjenjivat će se odredbe Člana 7.

(6) Smatrat će se da su nastale kamate u ugovornoj državi, kada je onaj koji plaća ujedno i rezident te države. Međutim, kada lice koje plaća kamatu, bilo da je rezident ugovorne države ili ne, ima stalnu ustanovu u vezi sa kojom je nastalo dugovanje za koje je isplaćena kamata, te takvu kamatu snosi ta stalna ustanova, onda će se ta kamata smatrati da je nastala u državi u kojoj se nalazi stalna ustanova.

(7) Kada, iz razloga specijalnog odnosa između onog koji plaća i vlasnika ili između njih obojice i nekog drugog lica, iznos kamate, imajući u vidu potraživanje duga za koji se daje, prevazilazi iznos koji bi bio dogovoren između onog koji plaća i vlasnika u nedostatku takvog odnosa, odredbe ovog Člana će se primjenjivati samo na posljednji spomenuti iznos. U tom slučaju, višak od uplate će biti oporeziv dio, u skladu sa zakonima svake ugovorne države, istodobno imajući u vidu i ostale odredbe ove Konvencije.

Član 12 **HONORAR**

(1) Honorar koji nastane u ugovornoj državi i plati se rezidentu druge ugovorne države se može oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Međutim, takav honorar se također može oporezovati u ugovornoj državi u kojoj nastane i u skladu sa zakonima te države, ali ako je primatelj honorara rezident druge ugovorne države, takav porez neće preći 5% od ukupnog bruto iznosa honorara. Mjerodavne vlasti ugovornih država će zajedničkim dogovorom riješiti način primjene ovog ograničenja.

(3) Pojam "honorar" iz ovog Član znači svaki prihod koji se primi kao naknada za korištenje, ili pravo na korištenje, autorskih prava književnog, umjetničkog ili znanstvenog rada, uključujući kinematografske filmove ili filmove ili trake koje se koriste u radijskom i televizijskom emitiranju, svih patenata, zaštitnih znakova, dizajna ili modela, planova, tajnih formula ili procesa za informacije koje se tiču industrijskog, komercijalnog ili znanstvenog iskustva.

(4) Odredbe stava 1. i 2. se neće primjenjivati ako vlasnik honorara, koji je rezident ugovorne države, vrši djelatnost u drugoj ugovornoj državi u kojoj nastane honorar putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, a pravo na imovinu u vezi koje je honorar plaćen je efikasno povezano sa takvom stalnom ustanovom. U tom slučaju, primjenjuju se odredbe Člana 7.

(5) Smatrat će se da je nastao honorar u ugovornoj državi kada je onaj koji plaća rezident te države. Međutim, kada lice koje plaća honorar, bilo da je rezident ugovorne države ili ne, u ugovornoj državi ima stalnu ustanovu u vezi sa kojom je dugovanje za koje se plaća honorar nastalo, a takav honorar snosi takva stalna ustanova, u tom slučaju će se smatrati da je nastao honorar u državi u kojoj se nalazi stalna ustanova.

(6) Kada, zbog specijalnog odnosa između onog koji plaća i vlasnika ili između obojice i nekog trećeg lica, iznos honorara, imajući u vidu upotrebu, pravo ili informacije za koji se honorar plaća, prevaziđe iznos koji bi bio dogovoren između onog koji plaća i vlasnika honorara u nedostatku takvog odnosa, odredbe ovog Člana će se primjenjivati samo na posljednje spomenuti iznos. U tom slučaju, višak uplate će i dalje biti oporeziv prema zakonima svake ugovorne države, pritom imajući u vidu druge odredbe ove Konvencije.

Član 13

KAPITALNA DOBIT

(1) Dobit koju stiče rezident ugovorne države oduzimanjem nepokretne imovine iz Člana 6., a koja se nalazi u drugoj ugovornoj državi, može se oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Dobit od oduzimanja pokretne imovine, koja čini dio poslovne imovine stalne ustanove, koju poduzeće ugovorne države posjeduje u drugoj ugovornoj državi, uključujući onu dobit stečenu oduzimanjem takve stalne ustanove (samostalno ili sa čitavim poduzećem), može se oporezovati u toj drugoj državi.

(3) Dobit stečena oduzimanjem brodova ili zrakoplova koji vrše međunarodni promet, te brodovi koji prometuju na unutarnjim vodenim prometnicama ili pokretna imovina koja se odnosi na rad takvih brodova i zrakoplova, biće oporeziva samo u ugovornoj državi u kojoj se nalazi sjedište uprave poduzeća.

(4) Dobit stečena oduzimanjem sve one imovine koja nije obuhvaćena stavovima 1., 2., i 3. će se oporezivati samo u ugovornoj državi čiji je rezident onaj koji vrši oduzimanje imovine.

Član 14

DOHODAK PO OSNOVU RADNOG ODNOSA

(1) Prema odredbama Članova 15., 17., 18., 19. i 20., plate, naknade i druga slična primanja rezidenta ugovorne države u pogledu radnog odnosa će biti oporezivi samo u toj državi, osim ako se radni odnos vrši u drugoj ugovornoj državi; ako se vrši takav radni odnos, onda se takva primanja mogu oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Bez obzira na odredbe stava 1., primanja rezidenta ugovorne države u pogledu radnog odnosa koji se vrši u drugoj ugovornoj državi će se samo oporezivati u prvospomenutoj državi ako:

- a) je primatelj prisutan u drugoj državi u periodu ili periodima koji ne prelaze agregat od 183 dana aktualne fiskalne godine, i
- b) se primanja plaćaju od strane, ili u ime, poslodavca koji nije rezident druge države, i
- c) primanja ne snosi stalna ustanova koju poslodavac posjeduje u drugoj državi.

(3) Bez obzira na prethodne odredbe ovog Člana, primanja stečena u pogledu radnog odnosa koji se vrši na brodu ili zrakoplovu koji radi u intelektualnom prometu, ili na brodu koji plovi na unutarnjim vodenim prometnicama, može se oporezovati u ugovornoj državi u kojoj se nalazi sjedište uprave poduzeća.

Član 15

PRIMANJA DIREKTORA

Sva primanja direktora koja stiče rezident ugovorne države u svojstvu Člana upravnog odbora poduzeća koje je rezident druge ugovorne države, može se oporezivati u toj drugoj državi.

Član 16

UMJETNICI I SPORTAŠI

(1) Bez obzira na odredbe Člana 7 i 14, prihodi rezidenta ugovorne države kao zabavljača, kao što su kazališni, filmski, radijski ili televizijski umjetnici, glazbenici ili sportaši, koji vrše svoje lične aktivnosti u drugoj ugovornoj državi, mogu se oporezovati u toj drugoj državi.

(2) Kada prihod koji ostvari zabavljač ili sportaš kao takav ne pripada samom zabavljaču ili sportašu već trećem licu, takav prihod može, bez obzira na odredbe Članova 7. i 14., da se oporezuje u ugovornoj državi u kojoj su se vršile aktivnosti zabavljača ili sportaša.

Član 17
MIROVINE

Prema odredbama stava 2. Člana 18., mirovine i druga slična primanja rezidenta ugovorne države u pogledu bivšeg zaposlenja će biti oporezivi samo u toj državi.

Član 18
JAVNA SLUŽBA

- (1) a) Plaće, naknade i druga slična primanja, izuzev mirovine, koju plaća ugovorna država ili njena lokalna vlast pojedincu u vezi sa uslugama pruženim toj državi ili vlasti, oporezivati će se samo u toj državi.
- b) Međutim, takve plaće, naknade i druga slična primanja će biti oporezivi samo u drugoj ugovornoj državi ako su usluge pružene u toj državi, a pojedinac, koji je rezident te države, je:
- (i) državljanin te države; ili
- (ii) nije postao rezident te države samo u svrhu pružanja tih usluga
- (2) a) Svaka mirovina koju daje, ili se daje iz fondova koje je stvorila ugovorna država ili njena lokalna vlast pojedincu u pogledu usluga koje su pružene toj državi ili vlasti će se oporezivati samo u toj državi.
- b) Međutim, takva mirovina će se oporezivati samo u drugoj ugovornoj državi ako je pojedinac rezident ili državljanin te države.
- (3) Odredbe stava 1. ovog Člana će isto tako primjenjivati u pogledu prihoda austrijskog povjerenika spoljnje trgovine u Bosni i Hercegovini i članova osoblja austrijskog povjerenika spoljnje trgovine. Ova odredba će se također primjenjivati na osoblje organizacije Bosne i Hercegovine slične prirode locirane u Austriji.
- (4) Odredbe Članova 14., 15., 16., i 17. će se također primjenjivati na plaće, naknade i druga primanja, kao i na mirovine, u pogledu usluga pruženih u vezi sa poslovanjem vršenim od strane ugovorne države ili njene lokalne vlasti.

Član 19 **STUDENTI**

(1) Student ili pripravnik koji je rezident ili je neposredno prije posjete ugovornoj državi postao rezident druge ugovorne države i koji je prisutan u prvo-spomenutoj državi samo radi svoje naobrazbe ili obuke, primanja koja on prima radi svog održanja, naobrazbe ili obuke, neće se oporezivati u toj državi, ako takva primanja dolaze iz izvora van te države.

(2) Primanja koja student ili pripravnik koji je ili je nekada bio rezident ugovorne države, dobija po osnovu radnog odnosa u drugoj ugovornoj državi u periodu ili periodima koji ne prelaze agregat od 183 dana aktualne fiskalne godine, neće se oporezivati u toj drugoj državi ako je zaposlenje u direktnoj vezi sa njegovim studijama ili pripravništvom koje se vrši u prvo-spomenutoj državi.

(3) U pogledu grantova i stipendija koje nisu obuhvaćene stavom 1. ovog Člana, student ili pripravnik iz stava 1. će također tokom takve naobrazbe ili obuke imati pravo na ista izuzeća, oslobađanja ili smanjenja u pogledu poreza koji su dostupni rezidentima ugovorne države koju posjećuje.

Člane 20 **PROFESORI I NASTAVNICI**

(1) Pojedinaac koji posjećuje ugovornu državu u svrhu predavanja ili vršenja istraživanja na univerzitetu, koledžu, školu ili drugoj priznatoj naobraznoj ustanovi u toj državi i koji je ili je neposredno prije te posjete postao rezident druge ugovorne države, biće oslobođen od poreza u prvo-spomenutoj ugovornoj državi za primanja za takvu nastavu ili istraživanja za period koji ne prelazi dvije godine od dana njegove prve posjete u te svrhe, ako su takva primanja nastala van države.

(2) Odredbe stava 1. ovog Člana se neće primjenjivati na prihod od istraživanja ako je takvo istraživanje sprovedeno, ne u javnom interesu, već prvenstveno za ličnu korist određenog lica ili lica.

Član 21 **DRUGI PRIHODI**

(1) Vrste prihoda rezidenta ugovorne države, gdje god da nastanu, a koje nisu obuhvaćene prethodnim članovima ove Konvencije će se oporezivati samo u toj državi.

(2) Odredbe stava 1. se neće primjenjivati na prihod, izuzev prihoda od nepokretne imovine iz stava 2. Člana 6., ako primatelj takvog prihoda, koji je rezident ugovorne države, vrši djelatnost u drugoj ugovornoj državi putem stalne ustanove koja se u njoj nalazi, a pravo na imovinu u pogledu koje se plaća prihod je u efikasnoj vezi sa takvom stalnom ustanovom. U tom slučaju, primjenjivat će se odredbe Člana 7.

(3) Prihod rezidenta ugovorne države iz druge ugovorne države pod pravnim zahtjevom za održavanje se ne može oporezivati u prvo-spomenutoj državi, ako bi se takav prihod oslobodio poreza prema zakonima druge ugovorne države.

Član 22 **IMOVINA**

(1) Imovina u smislu nekretnina iz Člana 6., čiji je vlasnik rezident ugovorne države i nalazi se u drugoj ugovornoj državi, može se oporezivati u toj drugoj državi.

(2) Imovina u smislu pokretne imovine kao dijela poslovne imovine stalne ustanove koju posjeduje poduzeće ugovorne države u drugoj ugovornoj državi, može se oporezivati u toj drugoj državi.

(3) Imovina koju čine brodovi ili zrakoplovi koji rade u internacionalnom prometu i brodovi koji rade na unutarnjim vodenim prometnicama, i pokretna imovina u vezi sa radom takvih brodova i zrakoplova, oporezivat će se samo u ugovornoj državi u kojoj je sjedište uprave poduzeća.

(4) Svi drugi elementi imovine rezidenta ugovorne države će se oporezivati samo u toj državi.

Član 23 **ELIMINACIJA DVOSTRUKOG OPOREZIVANJA**

Dvostruko oporezivanje će se eliminirati na sljedeći način:

(1) U Austriji:

- a) Kada rezident Austrije ima prihod ili posjeduje imovinu koja se, prema odredbama ove Konvencije, može oporezivati u Bosni i Hercegovini, Austrija će, u skladu sa odredbama podstava b) i stava 3, izuzeti takav prihod ili imovinu od poreza.
- b) Kada rezident Austrije ima prihod koji prema odredbama Članova 10., 11., i 12. se može oporezivati u Bosni i Hercegovini, Austrija će dozvoliti smanjenje poreza na prihod tom rezidentu u vidu iznosa koji je jednak porezu plaćenom u Bosni i Hercegovini. Takvo smanjenje, međutim, neće preći onaj dio poreza izračunatog prije samog smanjenja, a koji se može pripisati onim vrstama prihoda stečenim u Bosni i Hercegovini.
- c) Odredbe podstava b) stav a) se neće primjenjivati na prihod ili imovinu rezidenta Austrije gdje Bosna i Hercegovina primjenjuje odredbe ove Konvencije na izuzimanje takvog prihoda ili imovine od poreza ili primjenjuje odredbe stavova 2. Člana 10., 11. i 12. na takav prihod.

(2) U Bosni i Hercegovini:

Kada rezident Bosne i Hercegovine ima prihod ili imovinu, koja je u skladu sa odredbama ove Konvencije oporeziva u Austriji, Bosna i Hercegovina će dozvoliti:

- a) smanjenje poreza na prihod rezidenta u iznosu jednakom porezu na prihod koji je plaćen u Austriji;
- b) smanjenje poreza na imovinu rezidenta u iznosu jednakom porezu na imovinu koji je plaćen u Austriji.

Međutim, takvo smanjenje u oba slučaja neće preći onaj dio poreza na prihod ili imovinu koji je izračunat prije dozvoljavanja samog smanjenja, a što se može pripisati, prema slučaju, prihodu ili imovini oporezivima u Austriji.

(3) Kada se u skladu sa bilo kojom odredbom Konvencije prihod stečen ili imovina rezidenta ugovorne države izuzima od poreza u toj državi, ta država bez obzira na to može, u zbrajanju iznosa poreza na preostali prihod ili imovinu rezidenta, uzeti u obzir iznos izuzetog prihoda ili imovine.

Član 24

NEDISKRIMINACIJA

(1) Državljeni ugovorne države neće u drugoj ugovornoj državi biti izloženi bilo kakvom oporezivanju ili nekom zahtjevu u vezi s tim, koje je drukčije ili više tereti nego porezi i tome vezani zahtjevi kojima su izloženi državljani te druge države pod istim uvjetima, naročito u pogledu boravka.

(2) Lica bez državljanstva koji se rezidenti ugovorne države ni u jednoj ugovornoj državi neće se oporezivati ili izlagati bilo kakvim zahtjevima u vezi s tim, a koje je drugačije ili više tereti nego porez i tome vezani zahtjevi kojima su ili mogu biti izloženi državljani države pod istim uvjetima, naročito u pogledu boravka.

(3) Oporezivanje stalne ustanove koju posjeduje poduzeće ugovorne države u drugoj ugovornoj državi neće se uvesti po manje povoljnim uvjetima u toj drugoj državi nego porez uveden na poduzeća te druge države u vršenju iste djelatnosti. Ova odredba ne podrazumijeva da je ugovorna država obavezna da odobri rezidentima druge ugovorne države sva lična davanja, olakšice i smanjenja u poreske svrhe u vezi sa građanskim statusom ili obiteljskim obavezama koje odobrava osobnim rezidentima.

(4) Izuzev tamo gdje se primjenjuju odredbe stava 1. Člana 9., stava 7. Člana 11. ili stava 6. Člana 12., kamate, honorar i druga primanja koja daje poduzeće ugovorne države rezidentu druge ugovorne države će, u svrhu određivanja oporezivog profita takvog poduzeća, biti umanjivo pod istim uvjetima kao da su dati rezidentu prvo-spomenute države. Također, sva dugovanja poduzeća ugovorne države rezidentu druge ugovorne države će u

svrhu određivanja oporezivog kapitala takvog poduzeća, biti umanjivo pod istim uvjetima kao da je u pitanju rezident prvo-spomenute države.

(5) Poduzeća ugovorne države, kapital koji je u potpunosti ili djelomično u vlasništvu ili kontroliran, direktno ili indirektno, od strane jednog ili više rezidenata druge ugovorne države, neće se izložiti u prvo-spomenutoj državi bilo kakvom oporezivanju ili tome-vezanim potrebama koje je drugačije ili više tereti od oporezivanja ili tome-vezanih zahtjeva kojima su izložena druga slična poduzeća prvo-spomenute države.

(6) Odredbe ovog Člana će se bez obzira na odredbe Člana 2. primjenjivati na poreze svih vrsta i opisa.

Član 25

PROCEDURA ZAJEDNIČKOG DOGOVORA

(1) Kada lice smatra da aktivnost jedne ili obje ugovorne države rezultira ili će rezultirati oporezivanjem koje nije u skladu sa odredbama ove Konvencije, ono može, bez obzira na pravne lijekove domaćeg prava tih država, predočiti svoj slučaj nadležnim vlastima ugovorne države čiji je rezident ili, ako je njegov slučaj obuhvaćen stavom 1. Člana 24., ugovorne države čiji je državljanin. Slučaj se mora predočiti u roku od tri godine od prve obavijesti o aktivnosti koja rezultira oporezivanjem, a koje nije u skladu sa odredbama Konvencije.

(2) Mjerodavna uprava će nastojati, ako se prigovor čini opravdanim i ako sam po sebi nije dovoljan za postizanje zadovoljavajućeg rješenja, riješiti slučaj zajedničkim dogovorom sa nadležnim vlastima druge ugovorne države, u cilju izbjegavanja oporezivanja koje nije u skladu sa Konvencijom. Svaki postignuti dogovor će se provesti bez obzira na sva vremenska ograničenja u domaćem zakonodavstvu ugovorne države.

(3) Mjerodavna uprava ugovornih država će nastojati da zajedničkim dogovorom riješe sve poteškoće ili sumnje u vezi sa tumačenjem ili primjenom Konvencije. Također se mogu zajedno konsultirati oko eliminacije dvostrukog oporezivanja u slučajevima koji nisu obuhvaćeni Konvencijom.

(4) Mjerodavna uprava ugovornih država mogu se direktno savjetovati, kao i putem zajedničkog povjerenstva koja se sastoji od njih ili njihovih predstavnika, u svrhu postizanja dogovora u smislu prethodnih stavova.

(5) Kada mjerodavna uprava ne može riješiti poteškoće ili sumnje u vezi sa tumačenjem ili primjenom Konvencije tokom procedure zajedničkog dogovora u skladu sa prethodnim stavovima ovog Člana u okviru vremenskog roka od dvije godine od dana iniciranja procedure, slučaj će se predočiti, po prijavi poreskih obveznika, arbitražnom sudu od strane nadležnih vlasti ugovorne države koja je inicirala proceduru zajedničkog dogovora.

Arbitražni sud će se sastojati od jednog predstavnika svih nadležnih vlasti ugovornih država i po jednog nezavisnog lica obje ugovorne države koji će se imenovati sa liste arbitara po rangiranom poretku. Arbitri će imenovati jedno lice za predsjedavajućeg koji će morati imati neophodne kvalifikacije za imenovanje za najviši sudski ured u njegovoj zemlji ili da je pravni stručnjak priznate stručnosti. Svaka država će imenovati pet stručnih lica za spisak arbitara. Poreski obveznik će se saslušati pred arbitražnim sudom na njegov zahtjev. Arbitražni sud će donijeti svoju odluku ne kasnije od šest mjeseci od dana kada je predmet zaprimljen. Odluka će biti obavezujuća u pogledu pojedinačnog slučaja na obje ugovorne države i sve poreske obveznike u pitanju.

Član 26

RAZMJENA INFORMACIJA

(1) Mjerodavne uprava ugovornih država će vršiti razmjenu onih informacija koje se mogu smatrati relevantnim za provođenje odredbi ove Konvencije ili za primjenu domaćih zakona u vezi svih vrsta poreza i datih opisa u ime ugovornih država, ili njihovih političkih subdivizija ili lokalnih uprava onoliko koliko porez nije u suprotnosti sa Konvencijom. Razmjena informacija nije ograničena Članovima 1. i 2.

(2) Sve dobivene informacije iz stava 1. ugovorne države će tretirati kao tajne na isti način kao i informacije dobivene u okviru domaćeg prava te države i biće dostupne samo licima ili upravi (uključujući sudove i administrativna tijela) koja se bave procjenom ili prikupljanjem, primjenom ili gonjenjem, u pogledu žalbi u vezi sa porezima iz stava 1., ili previdom navedenog. Takva lica ili vlasti će koristiti informacije samo u te svrhe. Oni mogu dati informaciju u javnom sudskom postupku ili pri donošenju sudskih odluka. Bez obzira na prethodno, informacije dobivene od ugovorne države se mogu koristiti u druge svrhe kada se takve informacije mogu koristiti u te druge svrhe u skladu sa zakonima obje države i kada mjerodavna uprava države koja daje informacije dozvoli takvu upotrebu.

(3) Ni u jednom slučaju se odredbe stava 1. i 2. ne mogu smatrati da nameću obavezu ugovornoj državi da:

a) sprovodi administrativne mjere u suprotnosti sa zakonima i administrativnom praksom te ili druge ugovorne države;

b) pruži informacije koje se ne mogu davati prema zakonima ili u normalnom toku primjene te ili druge ugovorne države;

c) pruži informacije kojima bi se otkrile bilo koje trgovinske, poslovne, industrijske, komercijalne ili profesionalne tajne ili trgovinski procesi, ili informacije, čije bi otkrivanje bilo u suprotnosti sa javnom politikom (javni poredak), osnovnim pravima koje je država zagarantirala, posebno u oblasti zaštite podataka.

(4) Kada ugovorna država zatraži informacije u skladu sa ovim članom, druga ugovorna država će iskoristiti svoje mjere za prikupljanje podataka kako bi dobila zatraženu

informaciju, iako ta druga država možda ne zahtijeva takvu informaciju u svoje vlastite poreske svrhe. Obaveza iz prethodne rečenice je predmet ograničenja stava 3., ali se ni u kojem slučaju ta ograničenja neće smatrati da dozvoljavaju ugovornoj državi da odbije da pruži informaciju, jer nema domaći interes za takvom informacijom.

(5) Ni u jednom slučaju se odredbe stava 3. neće smatrati da dozvoljavaju ugovornoj državi da odbije da pruži informaciju, jer informaciju posjeduje banka, druga financijska ustanova, imenovano lice ili lice koje posreduje ili ima fiducijarnu sposobnost ili ima veze sa vlasničkim interesima lica.

Član 27

ČLANOVI DIPLOMATSKIH MISIJA I KONZULARNIH POZICIJA

Niti jedna stvar iz ove Konvencije neće uticati na fiskalne privilegije članova diplomatskih misija i konzularnih pozicija prema općim pravilima internacionalnog prava ili odredbama posebnih sporazuma.

Član 28

STUPANJE NA SNAGU

(1) Ova Konvencija će se ratificirati, a instrumenti ratifikacije će se razmijeniti što je prije moguće.

(2) Ova Konvencija će stupiti na snagu prvog dana trećeg mjeseca nakon razmjene instrumenata ratifikacije.

(3) Njene odredbe će važiti za poreze za svaku fiskalnu godinu počevši od ili nakon prvog dana siječnja kalendarske godine nakon razmjene ratifikacionih instrumenata.

Član 29

OKONČANJE

(1) Ova Konvencija će važiti neograničeno.

(2) Svaka ugovorna država može okončati Konvenciju, putem diplomatskih kanala, u pisanoj formi o prestanku važenja na dan ili prije tridesetog dana lipnja kalendarske godine nakon prve godine od dana stupanja na snagu ove Konvencije.

(3) U tom slučaju, Konvencija će prestati da važi u pogledu poreza za svaku fiskalnu godinu koja počinje ili nakon prvog dana siječnja kalendarske godine nakon što je podneseno obavještenje o prestanku važenja.

POTVRĐUJUĆI NAVEDENO, punomoćnici dvije ugovorne države, valjano ovlašteni, potpisali su ovu Konvenciju.

SAČINJENO u dva primjerka u Sarajevu, dana 16. decembra 2010. godine, na njemačkom, bosanskom/hrvatskom/srpskom i engleskom jeziku, i pritom su svi tekstovi jednako autentični. U slučaju bilo kakvog odstupanja u prevodu, prevladaće verzija teksta na engleskom.

Za Republiku Austriju:

Köck m.p.

Za Bosnu i Hercegovinu:

Vrankic m.p.

POSTUPAK

U trenutku potpisivanja Konvencije između Republike Austrije i Bosne i Hercegovine o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja u pogledu poreza na prihod i imovinu, dolje potpisani su se usaglasili da će sljedeće odredbe činiti integralni dio Konvencije:

1. Tumačenje Konvencije

Jasno je da se od odredaba Konvencije, koje su sačinjene u skladu sa korespondentnim odredbama OECD Modela Konvencije o prihodima i kapitalu, generalno očekuje isto značenje iz komentara OECD-a. Značenje iz prethodne rečenice se neće primjenjivati u sljedećim situacijama:

- a) svaka uzdržanost ili primjedba na Model OECD-a ili njegov Komentar bilo koje ugovorne države;
- b) svako suprotno tumačenje sa objavljenim objašnjenjem jedne od ugovornih država koje je dostavljeno nadležnim vlastima druge ugovorne države prije stupanja na snagu Konvencije; i
- c) svako suprotno tumačenje dogovoreno od strane nadležnih vlasti nakon dana stupanja na snagu Konvencije.

Komentar - koji je s vremena na vrijeme podlozan reviziji– predstavlja sredstvo tumačenja u smislu Bečke konvencije od 23. svibnja 1969. godine o zakonu o sporazumima.

2. U Članu 11

Jasno je da će se odredbe Člana 11. stav 3. također primjenjivati i na odobrene zajmove, osigurane ili zagarantovane od strane Oesterreichische Kontrollbank AG ili Izvozno-kreditne agencije Bosne i Hercegovine.

3. U Članu 26

(1) Nadležne vlasti zemlje kandidata će dati sljedeće informacije nadležnoj upravi tražene države pri traženju informacija u okviru Konvencije za demonstraciju očekivane važnosti informacija na zahtjev o:

- (a) identitetu lica pod ispitivanjem ili istragom;
- (b) izjavi o traženoj informaciji uključujući prirodu i oblik u kojem država kandidat želi da dobije informacije od države od koje je traži;
- (c) poreskoj svrsi za koju se traži informacija;
- (d) osnovama za vjerovanje da se tražena informacija nalazi u zemlji od koje se ona traži ili je u posjedu ili pod kontrolom lica koje je spada u mjerodavnost zemlje od koje se traži;
- (e) imenu i adresi svakog lica za koje se vjeruje da je u posjedu tražene informacije;
- (f) izjavi zemlje kandidata da je iskoristila sva moguća sredstva na svojoj teritoriji da dođe u posjed informacija, izuzev onih koje bi izazvale nesrazmjerne poteškoće.

(2) Jasno je da razmjena informacija iz Člana 26. ne uključuje mjere koje čine zahtjevi za informacijama bez ikakvog znanja da li takve informacije i postoje, odnosno „ispipavanje terena“.

(3) Jasno je da stav 5. Člana 26. ne zahtijeva da ugovorne države razmjene informacije na spontanoj ili automatskoj osnovi.

(4) Jasno je da će se – pored gore spomenutih načela – za tumačenje Člana 26., također uvažavati i načela iz OECD Komentara, uključujući tehničku notu Sekretarijata OECD-a, koja je priložena kao aneks ovom dodatnom postupku.

POTVRĐUJUĆI NAVEDENO, punomoćnici dvije ugovorne države, valjano ovlaštene, potpisali su ovaj protokol.

SAČINJENO u dva primjerka u Sarajevu, dana 16. decembra 2010. godine, na njemačkom, bosanskom/hrvatskom/srpskom i engleskom jeziku, pritom su sve verzije jednako autentične. U slučaju bilo kakvog odstupanja u prevodu, prevladaće verzija teksta na engleskom.

Za Republiku Austriju:

Köck m.p.

Za Bosnu i Hercegovinu:

Vrankic m.p.

Aneks

Tehnička nota o stavu 5. Člana 26. OECD Modela poreske konvencije

Stav 5. Člana 26. OECD Modela poreske konvencije podrazumijeva da bankarska tajnost ne može predstavljati prepreku za razmjenu informacija u poreske svrhe. Član 26. također podrazumijeva važna bezbjednosna sredstva u cilju zaštite povjerljivosti podataka o poreskom obvezniku.

Standard zahtijeva razmjenu informacija samo na zahtjev. Kada se zatraži informacija, mora se izvršiti razmjena samo kada je to “od predvidljive važnosti” za administraciju ili primjenu domaćeg prava partnera sporazuma. Zemlje ne mogu da se upuštaju u “ispipavanje terena” ili da zatraže informaciju čija je mala vjerojatnoća značaja za poreska pitanja datog poreskog obveznika. U formuliranju njihovih zahtjeva, nadležne vlasti trebaju demonstrirati očekivanu relevantnost traženih informacija. Npr. nije moguće za državu da slučajno zatraži informaciju o žiro-računima rezidenata u bankama koje se nalaze u drugoj državi. Također, čak i prilikom revizije poreskog obveznika, poreska uprava neće tražiti informaciju o određenom poreskom obvezniku kada nije identificirana transakcija ili postoji indikacija moguće transakcije, koja čini vezu sa drugom državom. S druge strane, npr. kada poreska uprava procijeni poresku odgovornost određenog poreskog obveznika i sumnja da taj poreski obveznik ima žiro-račun u drugoj državi, tada nadležne vlasti mogu zatražiti informaciju o tom određenom poreskom obvezniku. Isti je slučaj kada je npr. identificiran veći broj poreskih obveznika sa offshore kreditnim karticama banaka koje se nalaze u drugoj državi. Država koja daje zahtjev treba prvo iskoristiti sva domaća sredstva da dođe u posjed traženih informacija. Za dodatna pitanja, obratite pažnju da komentare na Član 26. OECD Modela poreske konvencije i Člana 5. Modela sporazuma o razmjeni informacija.

Kada se izvrši razmjena informacija, postaje predmetom strogih pravila povjerljivosti. Jasno je definirano u Članu 26. da će se date informacije tretirati kao tajna. Mogu se koristiti samo u svrhe obuhvaćene ovom konvencijom. Sankcije za kršenje takve tajnosti obuhvaćene su upravnim i krivičnim zakonima u svim državama. Obično, neovlašteno davanje poreskih informacija dobivenih od druge zemlje je krivično djelo kažnjivo zatvorskom kaznom.

Kao što se može vidjeti u ovim objašnjenjima, koja se mogu naći u komentaru OECD Modelu poreske konvencije, kao i u priručniku OECD o razmjeni informacija, bankarska tajnost nije kompatibilna sa efikasnom razmjenom informacija u poreske svrhe. Sve zemlje imaju pravila o bankarskoj tajnosti ili povjerljivosti. Ispunjavanje međunarodno-dogovorenih standarda o razmjeni informacija podrazumijevaju samo ograničene izuzetke od pravila o bankarskoj tajnosti, i neće umanjiti povjerenje građana u zaštiti njihove privatnosti.

КОНВЕНЦИЈА
ИЗМЕЂУ
РЕПУБЛИКЕ АУСТРИЈЕ
И
БОСНЕ И ХЕРЦЕГОВИНЕ
О ИЗБЈЕГАВАЊУ ДВОСТРУКОГ ОПОРЕЗИВАЊА
У ПОГЛЕДУ
ПОРЕЗА НА ДОХОДАК И ИМОВИНУ

Република Аустрија и Босна и Херцеговина, желећи да закључе Конвенцију о избјегавању двоструког опорезивања у погледу пореза на доходак и имовину,

договориле су се сљедеће:

Члан 1 **ОБУХВАЋЕНА ЛИЦА**

Ова Конвенција ће се примјењивати на лица која су резиденти једне или обе уговорне државе.

Члан 2 **ОБУХВАЋЕНИ ПОРЕЗИ**

(1) Ова Конвенција ће се примјењивати на порезе на доходак и имовину који су уведени у име уговорне државе или њених локалних власти, без обзира на начин на који су уведени.

(2) Сматраће се порезима на доходак и имовину сви они порези који су уведени на укупне приходе, укупну имовину или елементе прихода или имовине, укључујући порез на добит од одузимања покретне или непокретне имовине, порез на укупан износ плата и накнада које сносе предузећа, као и порез на повећање капитала.

(3) Постојећи порези на које се примјењује ова Конвенција ће се посебно примјењивати на:

а) у Аустрији:

- (i) порез на доходак;
- (ii) порез на добит;
- (iii) порез на земљу;
- (iv) порез на пољопривредна и шумарска предузећа;
- (v) порез на вриједност слободних парцела;
(у даљем тексту "аустријски порези");

б) у Босни и Херцеговини:

- (i) порез на доходак грађана;
- (ii) порез на добит предузећа;
- (iii) порез на имовину;
(у даљем тексту "порези Босне и Херцеговине").

(4) Конвенција ће се такође примјењивати на све идентичне или у већој мјери сличне порезе који су уведени након дана потписивања Конвенције поред, или умјесто, постојећих пореза. Надлежне власти уговорних држава ће обавијестити једна другу о свим значајнијим промјенама у њиховим пореским законима.

Члан 3 **ОПШТЕ ДЕФИНИЦИЈЕ**

(1) У сврху Конвенције, изузев ако контекст захтијева другачије:

- а) појам "уговорна држава" и "друга уговорна држава" значи Република Аустрија и Босна и Херцеговина, у смислу контекста;
- б) појам "Аустрија" значи Република Аустрија
- ц) појам „Босна и Херцеговина " значи држава Босна и Херцеговина;
- д) појам "лице" обухвата појединца, друштво и сва друга тијела лица;
- е) појам "друштво" значи сва колективна тијела или сви ентитети који се третирају као колективно тијело у пореске сврхе;
- ф) појам "предузеће" се примјењује на вршење било које дјелатности;
- г) појам "предузеће уговорне државе" и "предузеће друге уговорне државе" значе предузеће које води резидент уговорне државе, односно предузеће које води резидент друге уговорне државе;
- х) појам "међународни саобраћај" значи сваки превоз бродом или авионом које врши предузеће чије је сједиште управе у уговорној држави, осим када брод или авион ради само између локација у другој уговорној држави;
- и) појам "надлежне власти" значи:
 - (i) у Аустрији: Федерални министар финансија или његов овлаштени представник;
 - (ii) у Босни и Херцеговини: Министарство финансија и трезора Босне и Херцеговине или његов овлаштени представник;
- ј) појам "држављанин" значи:
 - (i) сваки појединац који има држављанство уговорне државе;
 - (ii) свако правно лице, партнерство или удружење које има такав статус захваљујући законима на снази у уговорној држави;
- к) појам "пословање" обухвата рад професионалних служби и друге активности независног карактера.

- (2) Када је у питању примјена Конвенције у било које вријеме од стране уговорне државе, сви појмови који нису дефинисани, осим ако контекст захтијева другачије, има значење које има у то вријеме према закону те државе на коју се Конвенција примјењује; свако значење према примјенљивим пореским законима те државе превлађује над значењима појма из других закона те државе.

Члан 4 **РЕЗИДЕНТ**

(1) У сврху ове Конвенције, појам "резидент уговорне државе" значи свако лице које према законима државе подлијеже тамошњем порезу из разлога свог мјеста боравка, пребивалишта, сједишта и свих других критерија сличне природе, те такође укључује ту државу и све њене локалне власти. Међутим, овај појам не укључује лица која подлијежу порезу у тој држави само у погледу прихода из извора који су у тој држави или имовине која се у њој налази.

(2) Када је лице, према одредбама тачке 1., резидент обе уговорне државе, тада ће се његов статус детерминисати на сљедећи начин:

- а) сматраће се резидентом само оне државе у којој има сталан дом који му је доступан; ако има сталан дом који му је доступан у обе државе, сматраће се резидентом само оне државе са којом има ближе личне и економске односе (центар виталног интереса);
- б) ако се држава у којој има центар виталног интереса не може установити, или ако нема сталан дом који му је доступан нити у једној од држава, сматраће се резидентом само оне државе у којој има пребивалиште;
- ц) ако има пребивалиште у обе земље или нити у једној од њих, сматраће се резидентом само оне земље у којој је држављанин;
- д) ако је држављанин обе државе или нити једне од њих, надлежне власти уговорних држава ће настојати да ријеше то питање заједничким договором.

(3) Када лице, на основу одредаба тачке 1., није појединац, а резидент је обе уговорне државе, сматраће се резидентом само оне државе у којој има сједиште управе.

Члан 5 **СТАЛНА УСТАНОВА**

(1) У сврху ове Конвенције, појам "стална установа" значи стално мјесто пословања у којем се пословање предузећа у потпуности или дјеломично обавља.

(2) Појам "стална установа" нарочито укључује:

- а) сједиште управе;
- б) подружницу;
- ц) канцеларију;
- д) фабрику;
- е) радионицу,и
- ф) рудник, извор нафте или плина, каменолом или сва она мјеста експлоатисања природних ресурса.

(3) Градилиште или пројект изградње или инсталације чине сталну установу само ако трају више од дванаест мјесеци.

(4) Без обзира на претходне одредбе овог Члана, појам "стална установа" неће се сматрати да укључује:

- а) употребу објеката само у сврху складиштење, излагања или доставе добара или робе која припада предузећу;
- б) одржавање залиха робе или добара које припадају предузећу само у сврху складиштења, излагања или доставе;
- ц) одржавање залиха робе или добара које припадају предузећу само у сврху прераде од стране другог предузећа;
- д) одржавање сталног сједишта само у сврху куповине робе или добара или прикупљања информација за предузеће;
- е) одржавање сталног сједишта пословања у сврху спровођења сваке друге активности припремног или помоћног карактера за предузеће;
- ф) одржавање сталног сједишта пословања искључиво за све комбинације активности које су поменуте у тачкама а) до е), ако укупна дјелатност сталног сједишта пословања која проистиче из ове комбинације је припремног или помоћног карактера.

(5) Без обзира на одредбе тачке 1. и 2., према којима лице - које није агент независног статуса, на које се примјењује тачка 6. – дјелује у име предузећа и има, те редовно врши у уговорној држави, надлежност за закључење уговора у име предузећа, то предузеће ће се сматрати да има сталну установу у тој земљи у погледу свих активности које то лице предузима за предузеће, осим ако су активности таквог лица ограничене на оне из тачке 4., које, ако се врше путем сталног сједишта пословања, то неће чинити ово стално сједиште пословања сталном установом према одредбама те тачке.

(6) Предузеће се неће сматрати сталном установом у уговорној држави кад врши пословање у тој држави путем брокера, општег трговачког заступника и сваког другог агента независног статуса, ако таква лица дјелују у складу са редовним током свог пословања.

(7) Чињеница да предузеће које је резидент уговорне државе контролише или је контролисано од стране предузећа које је резидент друге уговорне државе, или које врши своје пословање у тој или другој држави (било путем сталне установе или другачије), само по себи неће чинити нити предузеће нити сталну установу друге.

Члан 6

ПРИХОД ОД НЕПОКРЕТНОСТИ

(1) Приход који припада резиденту уговорне државе од непокретне имовине (укључујући приход од пољопривреде или шумарства) која се налази у другој уговорној држави, може бити опорезована у тој држави.

(2) Појам "непокретна имовина" ће имати значење које има у складу са законом уговорне државе у којој се налази наведена имовина. Појам ће у сваком случају укључивати помоћне објекте непокретне имовине, сточни фонд и опрему која се користи у пољопривреди и шумарству, права на која се примјењују одредбе општег закона у вези са земљишним посједима, право на уживање непокретне својине и право на варијабилну или фиксну исплату као накнаду за рад, или право на рад, са рудним наслагама, изворима и другим природним ресурсима; бродовима и авионима, неће се сматрати непокретностима.

(3) Одредбе тачке 1. ће се примјењивати на приход од директног кориштења, најма, или употребе некретнина у било којем облику.

(4) Одредбе тачке 1. и 3. ће се такође примјењивати на приход од непокретности предузећа.

Члан 7

ПОСЛОВНИ ПРОФИТ

(1) Профит предузећа уговорне државе ће се опорезивати само у тој земљи осим ако предузеће врши своју дјелатност у другој уговорној држави путем сталне установе која се у њој налази. Ако предузеће врши своју дјелатност као што је малочас поменуто, профит предузећа се може опорезивати у другој држави, али само онолико колико се може приписати тој сталној установи.

(2) Према одредбама тачке 3., према којима предузеће уговорне државе врши дјелатност у другој уговорној држави путем сталне установе која се у њој налази, у свакој уговорној држави ће се профит приписати оној сталној установи које га може и да оствари, ако постоји јасно одвојено предузеће ангажовано на истим или сличним

активностима под истим или сличним условима и које ради у потпуности независно са предузећем чије је оно стална установа.

(3) У одређивању профита сталне установе, дозвољаваће се одбици трошкова који настану у сврху сталне установе, укључујући извршне и опште административне трошкове који настану, било у земљи у којој је смјештена стална установа или другдје.

(4) Онолико колико је уобичајено у уговорној држави да се установи колики профит припада сталној установи на бази расподеле укупног профита предузећа различитим странама, ништа из тачке 2. неће спречавати да уговорна држава установи који ће се профит опорезовати таквом уобичајеном расподелом; метода усвојене расподеле ће, међутим, бити таква да је резултат у складу са начелима из овог Члана.

(5) Никакав профит се неће приписати сталној установи по основу саме куповине добара или робе за предузеће, од стране те установе.

(6) У сврху претходне тачке, профит који ће се приписати сталној установи ће се установити истом методом за сваку годину понаособ, изузев ако постоји ваљан и довољан разлог за супротно.

(7) Када профит укључује врсте прихода које се одвојено регулишу другим Члановима ове Конвенције, тада одредбе тих Чланова неће бити обухваћене одредбама овог Члана.

Члан 8

МЕЂУНАРОДНИ ТРАНСПОРТ

(1) Профит који произилази из бродског или ваздушног саобраћаја опорезиваће се само у уговорној држави у којој је смјештено сједиште управе предузећа.

(2) Профит који произилази из бродског саобраћаја на унутрашњим воденим саобраћајницама, опорезиваће се само у уговорној држави у којој је смјештено сједиште управе предузећа.

(3) Ако је сједиште управе шпедитерског предузећа или предузећа за превоз на унутрашњим воденим саобраћајницама на самом броду или чамцу, тада ће се сматрати да се налази у уговорној држави у којој се налази боравишна лука брода или у којој је брод смјештен, или, ако не постоји боравишна лука, у уговорној држави у којој је руководилац брода или чамца резидент.

(4) Одредбе тачке 1. ће се такође примјењивати на профит који настаје од учешћа у интегрисаном, здруженом предузећу или међународној агенцији.

Члан 9
УДРУЖЕНА ПРЕДУЗЕЋА

(1) Када

а) предузеће уговорне државе учествује директно или индиректно у управи, контроли или капиталу предузећа друге уговорне државе,

или

б) иста лица директно или индиректно учествују у управи, контроли или капиталу предузећа уговорне државе и предузећа друге уговорне државе,

те у оба случаја, дати су или наметнути услови између два предузећа у њиховим трговачким или финансијским односима који се разликују од оних који би постојали између независних предузећа, тада би профит, само под наведеним условима, стекло једно од предузећа, но, због истих услова, профит који се није стекао се може укључити у профит тог предузећа и адекватно опорезовати.

(2) Када уговорна држава укључује у профит предузећа те државе – и адекватно га опорезује – профит за који је предузеће друге уговорне државе дужено у тој другој држави, и профит тако обухваћен је онај који би настао за предузеће прво-поменуте државе када су услови између два предузећа они који би настали између независних предузећа, тада ће та друга држава учинити адекватне прилагодбе у вези са износом пореза који је предвиђен за такав профит. У одређивању такве прилагодбе, водиће се рачуна о другим одредбама ове Конвенције, а надлежне власти уговорних држава ће се по потреби међусобно контактирати.

Члан 10
ДИВИДЕНДЕ

(1) Дивиденде које дају компаније које се резиденти уговорне државе резиденту друге уговорне државе, могу се опорезовати у тој другој држави.

(2) Међутим, такве дивиденде се такође могу опорезовати у уговорној држави чији је резидент компанија која даје дивиденде и у складу са законима те државе, но, ако је корисник дивиденди резидент друге уговорне државе, такав порез неће превазилазити:

а) 5 % од бруто износа дивиденди, ако је корисник компанија (која није партнерство) и која директно поседује барем 25 % капитала компаније која даје дивиденде;

б) 10 % од бруто износа дивиденди у свим другим случајевима.

Надлежне власти уговорних држава ће заједничким договором ријешити начин примјене ових ограничења.

Ова тачка неће обухваћати опорезивање компаније у погледу профита од којег се плаћају дивиденде.

(3) Појам "дивиденде" из овог Члана значи приход од дионица, "јоуиссанце" дионице или "јоуиссанце" права, рудних дионица, оснивачких дионица или других права, која не представљају потраживања дуга, обухваћених профитом, као и приход од осталих корпоративних права која су предмет истог пореског третмана као и приход од дионица према законима државе у којој је компанија која врши дистрибуцију резидент.

(4) Одредбе тачке 1. и 2. се неће примјењивати ако власник дивиденди, који је резидент уговорне државе, врши дјелатност у другој уговорној држави, гдје је компанија која плаћа дивиденду резидент путем сталне установе која се у њој налази, те посјед у чије су име дивиденде исплаћене је у ефикасној вези са таквом сталном установом. У том случају, примјењиваће се одредбе Члана 7.

(5) Када компанија која је резидент уговорне државе има профит или приход из друге уговорне државе, та друга држава не може увести никакав порез на дивиденде које даје компанија, осим онолико колико су такве дивиденде плаћене резиденту те друге државе или онолико колико је посјед за који се плаћају дивиденде у ефикасној вези са сталном установом која се налази тој другој држави, нити подвргнути недистрибуиран профит компаније порезу на недистрибуиран профит компаније, чак иако су дивиденде исплаћене или се недистрибуиран профит састоји, у потпуности или дјеломично, од профита или прихода произведеног у таквој другој држави.

Члан 11 КАМАТА

(1) Камата која настане у уговорној држави и плати се резиденту друге уговорне државе, може се опорезовати у тој другој држави.

(2) Међутим, таква се камата такође може опорезовати у уговорној држави у којој настане и у складу са законима те државе, али ако је власник камате резидент друге уговорне државе, прописани порез неће превазићи 5 % од бруто износа камате. Надлежне власти уговорних држава ће заједничким договором ријешити начин примјене овог ограничења.

(3) Без обзира на одредбе тачке 2., свака таква камата из тачке .1 ће се опорезовати само у уговорној држави чији је прималац резидент, ако је такав прималац власник камате и ако је таква камата и исплаћена:

- a) у вези са кредитном продајом све индустријске, комерцијалне или научне опреме,
- b) у вези са кредитном продајом све робе једног предузећа другом предузећу, или

с) било којим зајмом било које врсте одобреним, обезбијеђеним или загарантованим од стране државне или централне банке.

(4) Појам "камата" из овог Члана, значи приход од потраживања дуга било које врсте, било да је или не осигурано хипотеком или било да подразумева или не право учешћа у профиту дужника, те посебно, приход од државних хартија од вриједности и приход од обвезница или задужница, укључујући припадајуће премије и награде из таквих хартија од вриједности, обвезница или задужница. Казне за закашњелу исплату се неће сматрати каматом у сврху овог Члана.

(5) Одредбе тачке 1., 2. и 3. се неће примјењивати ако власник камате, који је резидент уговорне државе, врши дјелатности у другој уговорној држави у којој настане камата путем сталне установе која се у њој налази, а потраживање дуга у вези са каматом је ефективно исплаћено у вези са таквом сталном установом. У том случају примјењиваће се одредбе Члана 7.

(6) Сматраће се да су настале камате у уговорној држави, када је онај који плаћа уједно и резидент те државе. Међутим, када лице које плаћа камату, било да је резидент уговорне државе или не, има сталну установу у вези са којом је настало дуговање за које је исплаћена камата, те такву камату сноси та стална установа, онда ће се та камата сматрати да је настала у држави у којој се налази стална установа.

(7) Када, из разлога специјалног односа између оног који плаћа и власника или између њих обојице и неког другог лица, износ камате, имајући у виду потраживање дуга за који се даје, превазилази износ који би био договорен између оног који плаћа и власника у недостатку таквог односа, одредбе овог Члана ће се примјењивати само на посљедњи поменути износ. У том случају, вишак од уплате ће бити опорезив дио, у складу са законима сваке уговорне државе, истодобно имајући у виду и остале одредбе ове Конвенције.

Члан 12 ХОНОРАР

(1) Хонорар који настане у уговорној држави и плати се резиденту друге уговорне државе се може опорезовати у тој другој држави.

(2) Међутим, такав хонорар се такође може опорезовати у уговорној држави у којој настане и у складу са законима те државе, али ако је прималац хонорара резидент друге уговорне државе, такав порез неће прећи 5% од укупног бруто износа хонорара. Надлежне власти уговорних држава ће заједничким договором ријешити начин примјене овог ограничења.

(3) Појам "хонорар" из овог Члан значи сваки приход који се прими као накнада за кориштење, или право на кориштење, ауторских права књижевног, умјетничког или научног рада, укључујући кинематографске филмове или филмове или траке које се користе у радијском и телевизијском емитовању, свих патената, заштитних знакова, дизајна или модела, планова, тајних формула или процеса за информације које се тичу индустријског, комерцијалног или научног искуства.

(4) Одредбе тачке 1. и 2. се неће примјењивати ако власник хонорара, који је резидент уговорне државе, врши дјелатност у другој уговорној држави у којој настане хонорар путем сталне установе која се у њој налази, а право на имовину у вези које је хонорар плаћен је ефикасно повезано са таквом сталном установом. У том случају, примјењују се одредбе Члана 7.

(5) Сматраће се да је настао хонорар у уговорној држави када је онај који плаћа резидент те државе. Међутим, када лице које плаћа хонорар, било да је резидент уговорне државе или не, у уговорној држави има сталну установу у вези са којом је дуговање за које се плаћа хонорар настало, а такав хонорар сноси таква стална установа, у том случају ће се сматрати да је настао хонорар у држави у којој се налази стална установа.

(6) Када, због специјалног односа између оног који плаћа и власника или између обојице и неког трећег лица, износ хонорара, имајући у виду употребу, право или информације за који се хонорар плаћа, превазиђе износ који би био договорен између оног који плаћа и власника хонорара у недостатку таквог односа, одредбе овог Члана ће се примјењивати само на посљедње поменути износ. У том случају, вишак уплате ће и даље бити опорезив према законима сваке уговорне државе, притом имајући у виду друге одредбе ове Конвенције.

Члан 13

КАПИТАЛНА ДОБИТ

(1) Добит коју стиче резидент уговорне државе одузимањем непокретне имовине из Члана 6., а која се налази у другој уговорној држави, може се опорезовати у тој другој држави.

(2) Добит од одузимања покретне имовине, која чини дио пословне имовине сталне установе, коју предузеће уговорне државе посједује у другој уговорној држави, укључујући ону добит стечену одузимањем такве сталне установе (самостално или са читавим предузећем), може се опорезовати у тој другој држави.

(3) Добит стечена одузимањем бродова или авиона који врше међународни саобраћај, те бродови који саобраћају на унутрашњим воденим саобраћајницама или покретна имовина која се односи на рад таквих бродова и авиона, биће опорезива само у уговорној држави у којој се налази сједиште управе предузећа.

(4) Добит стечена одузимањем све оне имовине која није обухваћена тачкама 1., 2., и 3. ће се опорезивати само у уговорној држави чији је резидент онај који врши одузимање имовине.

Члан 14
ДОХОДАК ПО ОСНОВУ РАДНОГ ОДНОСА

(1) Према одредбама Чланова 15., 17., 18., 19. и 20., плате, накнаде и друга слична примања резидента уговорне државе у погледу радног односа ће бити опорезиви само у тој држави, осим ако се радни однос врши у другој уговорној држави; ако се врши такав радни однос, онда се таква примања могу опорезовати у тој другој држави.

(2) Без обзира на одредбе тачке 1., примања резидента уговорне државе у погледу радног односа који се врши у другој уговорној држави ће се само опорезивати у првопоменутој држави ако:

- а) је прималац присутан у другој држави у периоду или периодима који не прелазе агрегат од 183 дана актуелне фискалне године, и
- б) се примања плаћају од стране, или у име, послодавца који није резидент друге државе, и
- ц) примања не сноси стална установа коју послодавац посједује у другој држави.

(3) Без обзира на претходне одредбе овог Члана, примања стечена у погледу радног односа који се врши на броду или авиону који ради у међународном саобраћају, или на броду који плови на унутрашњим воденим саобраћајницама, може се опорезовати у уговорној држави у којој се налази сједиште управе предузећа.

Члан 15
ПРИМАЊА ДИРЕКТОРА

Сва примања директора која стиче резидент уговорне државе у својству Члана управног одбора предузећа које је резидент друге уговорне државе, може се опорезивати у тој другој држави.

Члан 16
УМЈЕТНИЦИ И СПОРТИСТИ

(1) Без обзира на одредбе Члана 7 и 14, приходи резидента уговорне државе као забављача, као што су позоришни, филмски, радијски или телевизијски умјетници, музичари или спортисти, који врше своје личне активности у другој уговорној држави, могу се опорезовати у тој другој држави.

(2) Када приход који оствари забављач или спортиста као такав не припада самом забављачу или спортисти већ трећем лицу, такав приход може, без обзира на одредбе Чланова 7. и 14., да се опорезује у уговорној држави у којој су се вршиле активности забављача или спортисте.

Члан 17
ПЕНЗИЈЕ

Према одредбама тачке 2. Члана 18., пензије и друга слична примања резидента уговорне државе у погледу бившег запослења ће бити опорезиви само у тој држави.

Члан 18
ЈАВНА СЛУЖБА

- (1) а) Плате, накнаде и друга слична примања, изузев пензије, коју плаћа уговорна држава или њена локална власт појединцу у вези са услугама пруженим тој држави или власти, опорезиваће се само у тој држави.
- б) Међутим, такве плате, накнаде и друга слична примања ће бити опорезиви само у другој уговорној држави ако су услуге пружене у тој држави, а појединац, који је резидент те државе, је:
- (i) држављанин те државе; или
 - (ii) није постао резидент те државе само у сврху пружања тих услуга
- (2) а) Свака пензија коју даје, или се даје из фондова које је створила уговорна држава или њена локална власт појединцу у погледу услуга које су пружене тој држави или власти ће се опорезивати само у тој држави.
- б) Међутим, таква пензија ће се опорезивати само у другој уговорној држави ако је појединац резидент или држављанин те државе.
- (3) Одредбе тачке 1. овог Члана ће исто тако примјењивати у погледу прихода аустријског комесара вањске трговине у Босни и Херцеговини и чланова особља аустријског комесара вањске трговине. Ова одредба ће се такође примјењивати на особље организације Босне и Херцеговине сличне природе лоциране у Аустрији.
- (4) Одредбе Чланова 14., 15., 16., и 17. ће се такође примјењивати на плате, накнаде и друга примања, као и на пензије, у погледу услуга пружених у вези са пословањем вршеним од стране уговорне државе или њене локалне власти.

Члан 19 **СТУДЕНТИ**

(1) Студент или приправник који је резидент или је непосредно прије посјете уговорној држави постао резидент друге уговорне државе и који је присутан у прво-поменутој држави само ради свог образовања или обуке, примања која он прима ради свог одржања, образовања или обуке, неће се опорезивати у тој држави, ако таква примања долазе из извора ван те државе.

(2) Примања која студент или приправник који је или је некада био резидент уговорне државе, добија по основу радног односа у другој уговорној држави у периоду или периодима који не прелазе агрегат од 183 дана актуелне фискалне године, неће се опорезивати у тој другој држави ако је запослење у директној вези са његовим студијама или приправништвом које се врши у прво-поменутој држави.

(3) У погледу грантова и стипендија које нису обухваћене тачком 1. овог Члана, студент или приправник из тачке 1. ће такође током таквог образовања или обуке имати право на иста изузећа, ослобађања или смањења у погледу пореза који су доступни резидентима уговорне државе коју посјећује.

Члан 20 **ПРОФЕСОРИ И НАСТАВНИЦИ**

(1) Појединац који посјећује уговорну државу у сврху предавања или вршења истраживања на универзитету, колеџу, школу или другој признатој образовној институцији у тој држави и који је или је непосредно прије те посјете постао резидент друге уговорне државе, биће ослобођен од пореза у прво-поменутој уговорној држави за примања за такву наставу или истраживања за период који не прелази двије године од дана његове прве посјете у те сврхе, ако су таква примања настала ван државе.

(2) Одредбе тачке 1. овог Члана се неће примјењивати на приход од истраживања ако је такво истраживање спроведено, не у јавном интересу, већ првенствено за личну корист одређеног лица или лица.

Члан 21 **ДРУГИ ПРИХОДИ**

(1) Врсте прихода резидента уговорне државе, гдје год да настану, а које нису обухваћене претходним члановима ове Конвенције ће се опорезивати само у тој држави.

(2) Одредбе тачке 1. се неће примјењивати на приход, изузев прихода од непокретне имовине из тачке 2. Члана 6., ако прималац таквог прихода, који је резидент уговорне државе, врши дјелатност у другој уговорној држави путем сталне установе која се у њој налази, а право на имовину у погледу које се плаћа приход је у

ефикасној вези са таквом сталном установом. У том случају, примјењиваће се одредбе Члана 7.

(3) Приход резидента уговорне државе из друге уговорне државе под правним захтјевом за одржавање се не може опорезивати у прво-поменутој држави, ако би се такав приход ослободио пореза према законима друге уговорне државе.

Члан 22 **ИМОВИНА**

(1) Имовина у смислу некретнина из Члана 6., чији је власник резидент уговорне државе и налази се у другој уговорној држави, може се опорезивати у тој другој држави.

(2) Имовина у смислу покретне имовине као дијела пословне имовине сталне установе коју посједује предузеће уговорне државе у другој уговорној држави, може се опорезивати у тој другој држави.

(3) Имовина коју чине бродови или авиони који раде у међународном саобраћају и бродови који раде на унутрашњим воденим саобраћајницама, и покретна имовина у вези са радом таквих бродова и авиона, опорезиваће се само у уговорној држави у којој је сједиште управе предузећа.

(4) Сви други елементи имовине резидента уговорне државе ће се опорезивати само у тој држави.

Члан 23 **ЕЛИМИНАЦИЈА ДВОСТРУКОГ ОПОРЕЗИВАЊА**

Двоструко опорезивање ће се елиминисати на следећи начин:

(1) У Аустрији:

- а) Када резидент Аустрије има приход или посједује имовину која се, према одредбама ове Конвенције, може опорезивати у Босни и Херцеговини, Аустрија ће, у складу са одредбама тачке б) и става 3, изузети такав приход или имовину од пореза.
- б) Када резидент Аустрије има приход који према одредбама Чланова 10., 11., и 12. се може опорезивати у Босни и Херцеговини, Аустрија ће дозволити смањење пореза на приход том резиденту у виду износа који је једнак порезу плаћеном у Босни и Херцеговини. Такво смањење, међутим, неће прећи онај дио пореза израчунатог прије самог смањења, а који се може приписати оним врстама прихода стеченим у Босни и Херцеговини.
- ц) Одредбе тачке б) става а) се неће примјењивати на приход или имовину резидента Аустрије гдје Босна и Херцеговина примјењује одредбе ове

Конвенције на изузимање таквог прихода или имовине од пореза или примјењује одредбе тачака 2. Члана 10., 11. и 12. на такав приход.

(2) У Босни и Херцеговини:

Када резидент Босне и Херцеговине има приход или имовину, која је у складу са одредбама ове Конвенције опорезива у Аустрији, Босна и Херцеговина ће дозволити:

- а) смањење пореза на приход резидента у износу једнаком порезу на приход који је плаћен у Аустрији;
- б) смањење пореза на имовину на имовину резидента у износу једнаком порезу на имовину који је плаћен у Аустрији.

Међутим, такво смањење у оба случаја неће прећи онај дио пореза на приход или имовину који је израчунат прије дозвољавања самог смањења, а што се може приписати, према случају, приходу или имовини опорезивим у Аустрији.

(3) Када се у складу са било којом одредбом Конвенције приход стечен или имовина резидента уговорне државе изузима од пореза у тој држави, та држава без обзира на то може, у рачунању износа пореза на преостали приход или имовину резидента, узети у обзир износ изузетог прихода или имовине.

Члан 24

НЕДИСКРИМИНАЦИЈА

(1) Држављани уговорне државе неће у другој уговорној држави бити изложени било каквом опорезивању или неком захтјеву у вези с тим, које је другачије или више терети него порези и томе везани захтјеви којима су изложени држављани те друге државе под истим условима, нарочито у погледу боравка.

(2) Лица без држављанства који се резиденти уговорне државе ни у једној уговорној држави неће се опорезивати или излагати било каквим захтјевима у вези с тим, а које је другачије или више терети него порез и томе везани захтјеви којима су или могу бити изложени држављани државе под истим условима, нарочито у погледу боравка.

(3) Опорезивање сталне установе коју посједује предузеће уговорне државе у другој уговорној држави неће се увести по мање повољним условима у тој другој држави него порез уведен на предузећа те друге државе у вршењу исте дјелатности. Ова одредба не подразумијева да је уговорна држава обавезна да одобри резидентима друге уговорне државе сва лична давања, олакшице и смањења у пореске сврхе у вези са грађанским статусом или породичним обавезама које одобрава властитим резидентима.

(4) Изузев тамо гдје се примјењују одредбе тачке 1. Члана 9., тачке 7. Члана 11. или тачке 6. Члана 12., камате, хонорар и друга примања која даје предузеће уговорне државе резиденту друге уговорне државе ће, у сврху одређивања опорезивог профита

таквог предузећа, бити умањиво под истим условима као да су дати резиденту прво-поменуће државе. Такође, сва дуговања предузећа уговорне државе резиденту друге уговорне државе ће у сврху одређивања опорезивог капитала таквог предузећа, бити умањиво под истим условима као да је у питању резидент прво-поменуће државе.

(5) Предузећа уговорне државе, капитал који је у потпуности или дјеломично у власништву или контролисан, директно или индиректно, од стране једног или више резидената друге уговорне државе, неће се изложити у прво-поменутој држави било каквом опорезивању или томе-везаним потребама које је другачије или више терети од опорезивања или томе-везаних захтјева којима су изложена друга слична предузећа прво-поменуће државе.

(6) Одредбе овог Члана ће се без обзира на одредбе Члана 2. примјењивати на порезе свих врста и описа.

Члан 25

ПРОЦЕДУРА ЗАЈЕДНИЧКОГ ДОГОВОРА

(1) Када лице сматра да активност једне или обе уговорне државе резултује или ће резултовати опорезивањем које није у складу са одредбама ове Конвенције, оно може, без обзира на правне лијекове домаћег права тих држава, предочити свој случај надлежним властима уговорне државе чији је резидент или, ако је његов случај обухваћен тачком 1. Члана 24., уговорне државе чији је држављанин. Случај се мора предочити у року од три године од прве обавијести о активности која резултује опорезивањем, а које није у складу са одредбама Конвенције.

(2) Надлежне власти ће настојати, ако се приговор чини оправданим и ако сам по себи није довољан за постизање задовољавајућег рјешења, ријешити случај заједничким договором са надлежним властима друге уговорне државе, у циљу избјегавања опорезивања које није у складу са Конвенцијом. Сваки постигнути договор ће се имплементирати без обзира на сва временска ограничења у домаћем законодавству уговорне државе.

(3) Надлежне власти уговорних држава ће настојати да заједничким договором ријеше све потешкоће или сумње у вези са тумачењем или примјеном Конвенције. Такође се могу заједно консултовати око елиминације двоструког опорезивања у случајевима који нису обухваћени Конвенцијом.

(4) Надлежне власти уговорних држава могу се директно савјетовати, као и путем заједничке комисије која се састоји од њих или њихових представника, у сврху постизања договора у смислу претходних тачака.

(5) Када надлежне власти не могу ријешити потешкоће или сумње у вези са тумачењем или примјеном Конвенције током процедуре заједничког договора у складу са претходним тачкама овог Члана у оквиру временског рока од двије године од дана иницирања процедуре, случај ће се предочити, по пријави пореских обвезника, арбитражном суду од стране надлежних власти уговорне државе која је иницирала процедуру заједничког договора. Арбитражни суд ће се састојати од једног

представника свих надлежних власти уговорних држава и по једног независног лица обе уговорне државе који ће се именовати са листе арбитра по рангираном поретку. Арбитри ће именовати једно лице за предсједавајућег који морати имати неопходне квалификације за именовање за највише судске канцеларије у његовој земљи или да је правни стручњак признате стручности. Свака држава ће именовати пет стручних лица за списак арбитра. Порески обвезник ће се саслушати пред арбитражним судом на његов захтјев. Арбитражни суд ће донијети своју одлуку не касније од шест мјесеци од дана када је предмет за примљен. Одлука ће бити обавезујућа у погледу појединачног случаја на обе уговорне државе и све пореске обвезнике у питању.

Члан 26

РАЗМЈЕНА ИНФОРМАЦИЈА

(1) Надлежне власти уговорних држава ће вршити размјену оних информација које се могу сматрати релевантним за спровођење одредби ове Конвенције или за примјену домаћих закона у вези свих врста пореза и датих описа у име уговорних држава, или њихових политичких субдिवизија или локалних власти, онолико колико порез није у супротности са Конвенцијом. Размјена информација није ограничена Члановима 1. и 2.

(2) Све добијене информације из тачке 1. уговорне државе ће третирали као тајне на исти начин као и информације добијене у оквиру домаћег права те државе и биће доступне само лицима или властима (укључујући судове и административна тијела) која се баве проценом или прикупљањем, примјеном или гоњењем, у погледу жалби у вези са порезима из тачке 1., или превидом наведеног. Таква лица или власти ће користити информације само у те сврхе. Они могу дати информацију у јавном судском поступку или при доношењу судских одлука. Без обзира на претходно, информације добијене од уговорне државе се могу користити у друге сврхе када се такве информације могу користити у те друге сврхе у складу са законима обе државе и када надлежне власти државе која даје информације дозволи такву употребу.

(3) Ни у једном случају се одредбе тачке 1. и 2. не могу сматрати да намећу обавезу уговорној држави да:

а) спроводи административне мјере у супротности са законима и административном праксом те или друге уговорне државе;

б) пружи информације које се не могу давати према законима или у нормалном току примјене те или друге уговорне државе;

ц) пружи информације којима би се откриле било које трговинске, пословне, индустријске, комерцијалне или професионалне тајне или трговински процеси, или информације, чије би откривање било у супротности са јавном политиком (јавни поредак), основним правима које је држава загарантовала, посебно у области заштите података.

(4) Када уговорна држава затражи информације у складу са овим чланом, друга уговорна држава ће искористити своје мјере за прикупљање података како би добила затражену информацију, иако та друга држава можда не захтијева такву информацију у своје властите пореске сврхе. Обавеза из претходне реченице је предмет ограничења тачке 3., али се ни у којем случају та ограничења неће сматрати да дозвољавају

уговорној држави да одбије да пружи информацију јер нема домаћи интерес за таквом информацијом.

(5) Ни у једном случају се одредбе тачке 3. неће сматрати да дозвољавају уговорној држави да одбије да пружи информацију јер информацију посједује банка, друга финансијска институција, именовано лице или лице које посредује или има фидуцијарну способност или има везе са власничким интересима лица.

Члан 27

ЧЛАНОВИ ДИПЛОМАТСКИХ МИСИЈА И КОНЗУЛАРНИХ ПОЗИЦИЈА

Нити једна ствар из ове Конвенције неће утицати на фискалне привилегије чланова дипломатских мисија и конзуларних позиција према општим правилима међународног права или одредбама посебних споразума.

Члан 28

СТУПАЊЕ НА СНАГУ

(1) Ова Конвенција ће се ратификовати, а инструменти ратификације ће се размијенити што је прије могуће.

(2) Ова Конвенција ће ступити на снагу првог дана трећег мјесеца након размјене instrumenата ратификације.

(3) Њене одредбе ће важити за порезе за сваку фискалну годину почевши од или након првог дана јануара календарске године након размјене ратификационих instrumenата.

Члан 29

ОКОНЧАЊЕ

(1) Ова Конвенција ће важити неограничено.

(2) Свака уговорна држава може окончати Конвенцију, путем дипломатских канала, у писаној форми о престанку важења на дан или прије тридесетог дана јуна календарске године након прве године од дана ступања на снагу ове Конвенције.

(3) У том случају, Конвенција ће престати да важи у погледу пореза за сваку фискалну годину која почиње или након првог дана јануара календарске године након што је поднесено обавјештење о престанку важења.

ПОТВРЂУЈУЋИ НАВЕДЕНО, пуномоћници двије уговорне државе, ваљано овлаштени, потписали су ову Конвенцију.

САЧИЊЕНО у два примјерка у Сарајеву, дана 16. децембра 2010. године, на њемачком, босанском/хрватском/српском и енглеском језику, и притом су сви текстови једнако аутентични. У случају било каквог одступања у преводу, превладаће верзија текста на енглеском.

За Републику Аустрију:

Köck m.p.

За Босну и Херцеговину:

Vrankić m.p.

ПРОТОКОЛ

У тренутку потписивања Конвенције између Републике Аустрије и Босне и Херцеговине о избјегавању двоструког опорезивања у погледу пореза на приход и имовину, доле потписани су се усагласили да ће сљедеће одредбе чинити интегрални дио Конвенције:

1. Тумачење Конвенције

Јасно је да се од одредаба Конвенције, које су сачињене у складу са кореспондентним одредбама ОЕЦД Модела Конвенције о приходима и капиталу, генерално очекује исто значење из коментара ОЕЦД-а. Значење из претходне реченице се неће примјењивати у сљедећим ситуацијама:

- а) свака уздржаност или примједба на Модел ОЕЦД-а или његов Коментар било које уговорне државе;
- б) свако супротно тумачење са објављеним објашњењем једне од уговорних држава које је достављено надлежним властима друге уговорне државе прије ступања на снагу Конвенције; и
- ц) свако супротно тумачење договорено од стране надлежних власти након дана ступања на снагу Конвенције.

Коментар - који је с времена на вријеме подложен ревизији— представља средство тумачења у смислу Бечке конвенције од 23. маја 1969. године о закону о споразумима.

2. У Члану 11

Јасно је да ће се одредбе Члана 11. тачка 3. такође примјењивати и на одобрене зајмове, осигуране или загарантоване од стране Оестерреичхисцхе Контроллбанк АГ или Извозно-кредитне агенције Босне и Херцеговине.

3. У Члану 26

(1) Надлежне власти земље кандидата ће дати сљедеће информације надлежним властима тражене државе при тражењу информација у оквиру Конвенције за демонстрацију очекиване важности информација на захтјев о:

- (а) идентитету лица под испитивањем или истрагом;
- (б) изјави о траженој информацији укључујући природу и облик у којем држава кандидат жели да добије информације од државе од које је тражи;
- (ц) пореској сврси за коју се тражи информација;
- (д) основама за вјеровање да се тражена информација налази у земљи од које се она тражи или је у посједу или под контролом лица које је спада у надлежност земље од које се тражи;
- (е) имену и адреси сваког лица за које се вјерује да је у посједу тражене информације;

(ф) изјави земље кандидата да је искористила сва могућа средства на својој територији да дође у посјед информација, изузев оних које би изазвале несразмјерне потешкоће.

(2) Јасно је да размјена информација из Члана 26. не укључује мјере које чине захтјеви за информацијама без икаквог знања да ли такве информације и постоје, односно „испипавање терена“.

(3) Јасно је да тачка 5. Члана 26. не захтијева да уговорне државе размјене информације на спонтаној или аутоматској основи.

(4) Јасно је да ће се – поред горе поменутих начела – за тумачење Члана 26., такође уважавати и начела из ОЕЦД Коментара, укључујући техничку ноту Секретаријата ОЕЦД-а, која је приложена као анекс овом додатном протоколу.

ПОТВРЂУЈУЋИ НАВЕДЕНО, пуномоћници двије уговорне државе, ваљано овлаштени, потписали су овај протокол.

САЧИЊЕНО у два примјерка у Сарајеву, дана 16. децембра 2010. године, на њемачком, босанском/хрватском/српском и енглеском језику, и притом су сви текстови једнако аутентични. У случају било каквог одступања у преводу, превладаће верзија текста на енглеском

За Републику Аустрију:

Köck m.p.

За Босну и Херцеговину:

Vrankić m.p.

Анекс

Техничка нота о тачки 5. Члана 26. ОЕЦД Модела пореске конвенције

Тачка 5. Члана 26. ОЕЦД Модела пореске конвенције подразумијева да банкарска тајност не може представљати препреку за размјену информација у пореске сврхе. Члан 26. такође подразумијева важна безбједносна средства у циљу заштите повјерљивости података о пореском обвезнику.

Стандард захтијева размјену информација само на захтјев. Када се затражи информација, мора се извршити размјена само када је то “од предвидљиве важности” за администрацију или примјену домаћег права партнера споразума. Земље не могу да се упуштају у “испијавање терена” или да затраже информацију чија је мала вјероватноћа значаја за пореска питања датог пореског обвезника. У формулисању њихових захтјева, надлежне власти требају демонстрирати очекивану релевантност тражених информација. Нпр. није могуће за државу да случајно затражи информацију о жиро-рачунима резидената у банкама које се налазе у другој држави. Такође, чак и приликом ревизије пореског обвезника, пореска управа неће тражити информацију о одређеном пореском обвезнику када није идентификована трансакција или постоји индикација могуће трансакције, која чини везу са другом државом. С друге стране, нпр. када пореска управа процјени пореску одговорност одређеног пореског обвезника и сумња да тај порески обвезник има жиро-рачун у другој држави, тада надлежне власти могу затражити информацију о том одређеном пореском обвезнику. Исти је случај када је нпр. идентификован већи број пореских обвезника са оффшоре кредитним картицама банака које се налазе у другој држави. Држава која даје захтјев треба прво искористити сва домаћа средства да дође у посјед тражених информација. За додатна питања, обратите пажњу да коментаре на Члан 26. ОЕЦД Модела пореске конвенције и Члана 5. Модела споразума о размјени информација.

Када се изврши размјена информација, постаје предметом строгих правила повјерљивости. Јасно је дефинисано у Члану 26. да ће се дате информације третирали као тајна. Могу се користити само у сврхе обухваћене овом конвенцијом. Санкције за кршење такве тајности обухваћене су управним и кривичним законима у свим државама. Обично, неовлаштено давање пореских информација добијених од друге земље је кривично дјело кажњиво затворском казном.

Као што се може видјети у овим објашњењима, која се могу наћи у коментару ОЕЦД Моделу пореске конвенције, као и у приручнику ОЕЦД о размјени информација, банкарска тајност није компатибилна са ефикасном размјеном информација у пореске сврхе. Све земље имају правила о банкарској тајности или повјерљивости. Испуњавање међународно-договорених стандарда о размјени информација подразумијевају само ограничене изузетке од правила о банкарској тајности, и неће умањити повјерење грађана у заштити њихове приватности.

CONVENTION
BETWEEN
THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND
BOSNIA AND HERZEGOVINA
FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION
WITH RESPECT TO
TAXES ON INCOME AND ON PROPERTY

The Republic of Austria and Bosnia and Herzegovina, desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on property,

have agreed as follows:

Article 1
PERSONS COVERED

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2
TAXES COVERED

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on property imposed on behalf of a Contracting State or of its local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on property all taxes imposed on total income, on total property, or on elements of income or of property, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

- (i) the income tax;
- (ii) the corporation tax;
- (iii) the land tax;
- (iv) the tax on agricultural and forestry enterprises;
- (v) the tax on the value of vacant plots,
(hereinafter referred to as "Austrian taxes");

b) in Bosnia and Herzegovina:

- (i) the tax on income of individuals;
- (ii) the tax on profit of enterprise;
- (iii) the tax on property;
(hereinafter referred to as "Bosnia and Herzegovina taxes").

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

Article 3

GENERAL DEFINITIONS

- (1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:
- a) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Republic of Austria or Bosnia and Herzegovina, as the context requires;
 - b) the term "Austria" means the Republic of Austria;
 - c) the term "Bosnia and Herzegovina" means the State Bosnia and Herzegovina;
 - d) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
 - e) the term "company" means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
 - f) the term "enterprise" applies to the carrying on of any business;
 - g) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
 - h) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
 - i) the term "competent authority" means:
 - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - (ii) in Bosnia and Herzegovina: the Ministry of Finance and Treasury of Bosnia and Herzegovina or its authorised representative;
 - j) the term "national" means:
 - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State;
 - k) the term "business" includes the performance of professional services and of other activities of an independent character.

(2) As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4
RESIDENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or property situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5
PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

INTERNATIONAL TRANSPORT

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) Profits from the operation of boats engaged in inland waterways transport shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise or of an inland waterways transport enterprise is aboard a ship or boat, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship or boat is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship or boat is a resident.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9**ASSOCIATED ENTERPRISES**

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10**DIVIDENDS**

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 10 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of these limitations.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11 **INTEREST**

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, any such interest as is mentioned in paragraph 1 shall be taxable only in the Contracting State of which the recipient is a resident, if such recipient is the beneficial owner of the interest and if such interest is paid:

- a) in connection with the sale on credit of any industrial, commercial or scientific equipment,
- b) in connection with the sale on credit of any merchandise by one enterprise to another enterprise, or

- c) on any loan of whatever kind granted, secured or guaranteed by the national or central bank.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12 ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films or films or tapes used for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the royalties are paid was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13 **CAPITAL GAINS**

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise), may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, boats engaged in inland waterways transport or movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14
INCOME FROM EMPLOYMENT

(1) Subject to the provisions of Articles 15, 17, 18, 19 and 20 salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, or aboard a boat engaged in inland waterways transport, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 15
DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 16
ARTISTES AND SPORTSPERSONS

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be

taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

Article 17
PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 18
GOVERNMENT SERVICE

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or authority, shall be taxable only in that State.
 - b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
 - (i) is a national of that State; or
 - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or authority shall be taxable only in that State.
 - b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
- (3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Austrian Foreign Trade Commissioner in Bosnia and Herzegovina and to the members of the staff of that Austrian Foreign Trade Commissioner. This provision shall also apply to the staff of an organisation of Bosnia and Herzegovina of a similar nature located in Austria.
- (4) The provisions of Articles 14, 15, 16, and 17 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a local authority thereof.

Article 19
STUDENTS

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

(2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

(3) In respect of grants and scholarships not covered by paragraph 1 of this Article, a student or business apprentice referred to in paragraph 1 shall, in addition, be entitled during such education or training to the same exemptions, reliefs or reductions in respect of taxes available to residents of the Contracting State which he is visiting.

Article 20
PROFESSORS AND TEACHERS

(1) An individual who visits a Contracting State for the purpose of teaching or carrying out research at a university, college, school or other recognised educational institution in that State and who is or was immediately before that visit a resident of the other Contracting State, shall be exempt from taxation in the first-mentioned Contracting State on remuneration for such teaching or research for a period not exceeding two years from the date of his first visit for that purpose, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

(2) The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply to income from research if such research is undertaken not in the public interest but primarily for the private benefit of a specific person or persons.

Article 21
OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of

which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(3) Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

Article 22 **PROPERTY**

(1) Property represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Property represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(3) Property represented by ships or aircraft operated in international traffic and by boats engaged in inland waterways transport, and by movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft and boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of property of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23 **ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION**

Double taxation shall be eliminated as follows:

(1) In Austria:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns property which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Bosnia and Herzegovina, Austria shall, subject to the provisions of subparagraph b) and paragraph 3, exempt such income or property from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12, may be taxed in Bosnia and Herzegovina, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Bosnia and Herzegovina. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Bosnia and Herzegovina.
- c) The provisions of subparagraph a) shall not apply to income derived or property owned by a resident of Austria where Bosnia and Herzegovina applies the

provisions of this Convention to exempt such income or property from tax or applies the provisions of paragraphs 2 of Article 10, 11 and 12 to such income.

(2) In Bosnia and Herzegovina:

Where a resident of Bosnia and Herzegovina derives income or owns property, which in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Bosnia and Herzegovina shall allow:

- a) as a deduction from the tax on income of that resident an amount equal to the tax on income paid in Austria;
- b) as a deduction from the tax on property of that resident, an amount equal to the tax on property paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or property tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the property which may be taxed in Austria.

(3) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or property owned by a resident of a Contracting State is exempt from tax in that State, such State may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or property of such resident, take into account the exempted income or property.

Article 24

NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12 apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the

purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

(5) If it is not possible for the competent authorities to resolve difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention in the course of the mutual agreement procedure according to the preceding paragraphs of this Article within a time

limit of two years from the date on which the procedure was initiated, the case shall be presented, upon application of all taxpayers concerned, to an arbitration court by the competent authority of the Contracting State which has initiated the mutual agreement procedure. The arbitration court shall consist of one representative of each competent authority of the Contracting States and of one independent person from each Contracting State who shall be appointed from a list of arbitrators in the order of their ranking. The arbitrators shall elect another person as chairman who must possess the qualifications required for the appointment to the highest judicial offices in his country or be a juriconsult of recognised competence. Each State shall nominate five competent persons for the list of arbitrators. The taxpayer shall be heard before the arbitration court at his request. The arbitration court shall deliver its decision not more than six months from the date on which the matter was referred to it. The decision shall be binding with regard to the individual case on both Contracting States and all taxpayers concerned.

Article 26

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

(2) Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorises such use.

(3) In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to the fundamental rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

(4) If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested

information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

(5) In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.

Article 27

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place.

(3) Its provisions shall have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place.

Article 29

TERMINATION

(1) This Convention shall remain in force indefinitely.

(2) Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the first year from the date of entry into force of the Convention.

(3) In such event, the Convention shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate in Sarajevo, on the 16th day of December 2010, in the German, Bosnian/Croatian/Serbian and English languages, all texts being equally authentic. In case of any divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Köck m.p.

For Bosnia and Herzegovina:

Vrankic m.p.

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention between the Republic of Austria and Bosnia and Herzegovina for the Avoidance of Double Taxation with Respect to Taxes on Income and on Property, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention:

1. Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on income and on capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD Commentary thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to the following:

- a) any reservations or observations to the OECD Model or its Commentary by either Contracting State;
- b) any contrary interpretation in a published explanation by one of the Contracting States that has been provided to the competent authority of the other Contracting State prior to the entry into force of the Convention; and
- c) any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention.

The Commentary - as it may be revised from time to time - constitutes a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties.

2. Ad Article 11

It is understood that the provisions of Article 11 paragraph 3 will also apply to loans granted, secured or guaranteed by the Oesterreichische Kontrollbank AG or Investment Guarantee Agency of Bosnia and Herzegovina.

3. Ad Article 26

(1) The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Convention to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- (a) the identity of the person under examination or investigation;
- (b) a statement of the information sought including its nature and the form in which the applicant State wishes to receive the information from the requested State;
- (c) the tax purpose for which the information is sought;
- (d) grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;
- (e) the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;

(f) a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

(2) It is understood that the exchange of information provided in Article 26 does not include measures which constitute “fishing expeditions”.

(3) It is understood that paragraph 5 of Article 26 does not require the Contracting States to exchange information on a spontaneous or automatic basis.

(4) It is understood that – in addition to the above mentioned principles – for the interpretation of Article 26 the principles established in the OECD Commentaries including the technical note prepared by the OECD Secretariat, which is added as an Annex to this Additional Protocol, shall be considered as well.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate in Sarajevo, on the 16th day of December 2010, in the German, Bosnian/Croatian/Serbian and English languages, all texts being equally authentic. In case of any divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Köck m.p.

For Bosnia and Herzegovina:

Vrankic m.p.

Annex

Technical note on paragraph 5 of Article 26 of the OECD Model Tax Convention

Paragraph 5 of Article 26 of the OECD Model Tax Convention provides that bank secrecy cannot be an obstacle to exchange of information for tax purposes. Article 26 also provides for important safeguards in order to protect the confidentiality of taxpayers' information.

The standard requires information exchange on request only. Where information is requested, it must be exchanged only where it is "foreseeably relevant" to the administration or enforcement of the domestic laws of the treaty partner. Countries are not at liberty to engage in "fishing expeditions" or to request information that is unlikely to be relevant to the tax affairs of a given taxpayer. In formulating their requests, competent authorities should demonstrate the foreseeable relevance of the requested information. It would, for instance, not be possible for a State to request information randomly on bank accounts held by its residents in banks located in the other State. Also, even when auditing a taxpayer, a tax administration would not request information on a specific taxpayer when no transaction or indication of possible transactions has been identified as involving an nexus with the other state. On the other hand, for example, when a tax administration assesses the tax liability of a specific taxpayer and suspects that this taxpayer has a bank account in the other State, then the competent authority may request information on this specific taxpayer. This could also be the case where a number of taxpayers have been identified, for example, as holding offshore credit cards from banks located in the other state. The requesting State should, however, have pursued all domestic means to access the requested information. For further details, you may wish to consult the commentaries to the Article 26 of the OECD Model Tax Convention and Article 5 of the Model Agreement on Exchange of Information.

Where information is exchanged it is subject to strict confidentiality rules. It is expressly provided in Article 26 that information communicated shall be treated as secret. It can only be used for the purposes provided for in the convention. Sanctions for the violation of such secrecy are governed by administrative and penal laws in all states. Typically, unauthorised disclosure of tax related information received from another country is a criminal offence punishable by a jail sentence.

As you can see from these explanations, which you can find in the OECD Model Tax Convention commentary, as well as in the OECD Manual on Information exchange, bank secrecy is not incompatible with effective exchange of information for tax purposes. All countries have bank secrecy or confidentiality rules. Meeting the internationally agreed standard on exchange of information requires only limited exceptions to bank secrecy rules and would not undermine the confidence of citizens in the protection of their privacy.